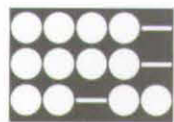


Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

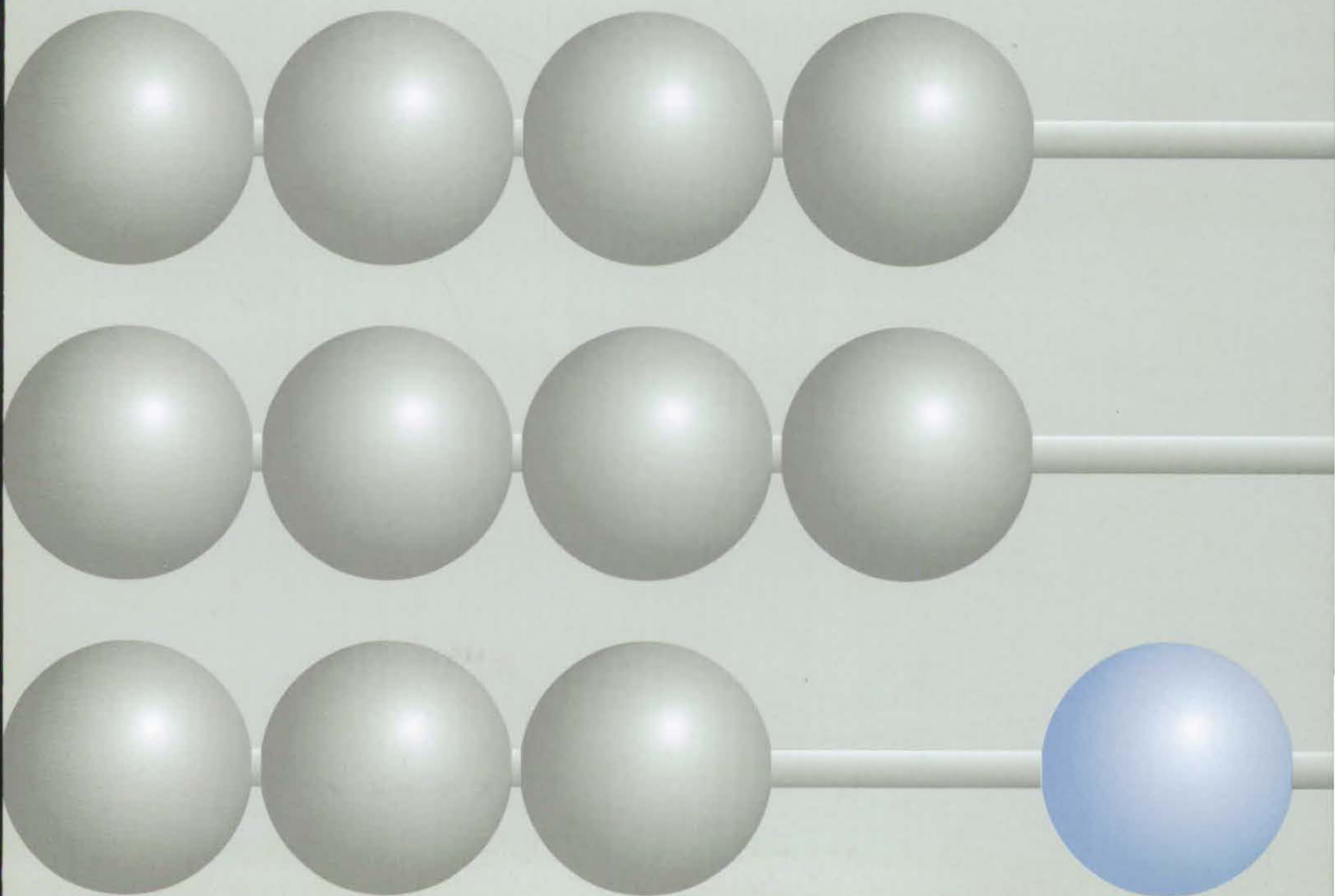


Statistisches  
Landesamt  
Schleswig-Holstein



50. Jahrgang, Heft 1, Januar 1998

# **Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein**



Herausgeber:  
Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein  
Postfach 11 41  
24100 Kiel

Telefon (04 31) 68 95-0  
Telefax (04 31) 68 95-4 98

Schriftleitung:  
Fritz Wormeck  
App. 2 46

Vertrieb:  
App. 2 80

Druck:  
Schmidt & Klaunig, Kiel  
Erste Kieler Druckerei  
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt  
auf chlorfrei gebleichtem  
Papier

Erscheinungsfolge  
monatlich

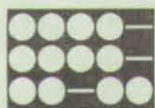
Auflage 650

Einzelheft DM 4,-  
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und  
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,  
auch auszugsweise,  
nur mit Quellenangabe  
gestattet.

ISSN 0947 - 7373



# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

49. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis 1997

A: Grafik	Heft /Seite	Heft /Seite	
Landeshaushalt 1997 .....	4/5 / 98	Öffentliche Wasserversorgung 1995 .....	9 / 189
<b>B: Titelverzeichnis</b>		Private Haushalte: Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben 1993 .....	3 / 69, 11/12 / 237
Amtliche Statistik: Auftrag und Organisation .....	1 / 5	Private Haushalte: Geldvermögen und Schulden .....	10 / 200
Auszubildende: Zahl weiter rückläufig .....	10 / 214	Private Haushalte: Verfügbare Einkommen 1992 .....	3 / 71
Baulandmarkt: Deutlicher Umsatzzuwachs 1996 .....	9 / 193	Schleswig-Holstein im Jahre 1997 .....	4/5 / 78
Bevölkerung .....	11/12 / 221	Schleswig-Holstein: Werdegang der Statistik .....	1 / 4
Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt und Bruttowertschöpfung .....	11/12 / 240	Sozialhilfe .....	11/12 / 232
Feldfruchtanbau in Schleswig-Holstein nach der EU-Agrarreform .....	3 / 55	Sozialhilfeempfänger in Schleswig-Holstein 1995: Hilfe zum Lebensunterhalt .....	7 / 149
Fremdenverkehr: Bestand an Fremden- betten weiter aufgestockt .....	9 / 194	Umweltökonomische Gesamtrechnung – ein sinnvolles und operationales Instrument zur Beurteilung einer „nachhaltigen Entwicklung“? .....	2 / 20
Fremdenverkehr im Juni .....	8 / 178	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Altersvorsorge .....	6 / 124
Fremdenverkehr: Sommersaison 1996 im Spiegel gesicherter Zahlen .....	3 / 73		
Geburtenziffern im langfristigen Vergleich .....	9 / 184	<b>C: Schlagwortverzeichnis</b>	
Gesundheit/Krankheit .....	11/12 / 227	Altersvorsorge .....	6 / 124
Gesundheitswesen .....	11/12 / 225	Amtliche Statistik .....	1 / 5
Handwerksähnliches Gewerbe in Schleswig-Holstein .....	8 / 168	Anbaufläche .....	4/5 / 86
Jugendhilfe .....	11/12 / 235	Arbeitslose .....	4/5 / 83
Landtagswahlen .....	11/12 / 229	Arbeitsmarkt .....	4/5 / 81
Landtagswahl 2000: Bevölkerung in den Wahlkreisen .....	10 / 210	Ausbaugewerbe .....	4/5 / 97
		Ausfuhr .....	4/5 / 100
		Ausgaben privater Haushalte .....	3 / 69, 11/12 / 237
		Auszubildende .....	10 / 214
		Außenhandel .....	4/5 / 100



## Heft /Seite

Baugenehmigungen .....	4/5 / 97
Bauhauptgewerbe .....	4/5 / 96
Bauland .....	9 / 193
Beschäftigte,	
Landwirtschaft .....	4/5 / 84
Verarbeitendes Gewerbe .....	4/5 / 90
versicherungspflichtig .....	4/5 / 82
Betriebe,	
Landwirtschaft .....	4/5 / 84
Bevölkerung .....	4/5 / 78, 11/12 / 221
Bodennutzung .....	4/5 / 85
Bruttoinlandsprodukt .....	4/5 / 118, 11/12 / 240
Bruttosozialprodukt .....	11/12 / 240
Bruttowertschöpfung .....	11/12 / 240
Energiewirtschaft .....	4/5 / 94
Einkommen	
privater Haushalte .....	3 / 69, 3 / 71, 11/12 / 237
Einzelhandel .....	4/5 / 103
Erträge, Ernten .....	4/5 / 85
Erwerbstätige .....	4/5 / 81
EU-Agrarreform .....	3 / 55
Feldfruchtanbau .....	3 / 55
Fremdenverkehr .....	3 / 73, 4/5 / 106, 8 / 178, 9 / 194
Flächennutzung .....	4/5 / 86
Gastgewerbe .....	4/5 / 105
Geburtenziffern .....	9 / 184
Gemeindesteuern .....	4/5 / 113
Gesundheit .....	11/12 / 227
Gesundheitswesen .....	11/12 / 225
Großhandel .....	4/5 / 102
Handel .....	4/5 / 100
Handwerksähnliches Gewerbe .....	8 / 168
Hochschulen .....	4/5 / 81
Insolvenzen .....	4/5 / 112
Jugendhilfe .....	11/12 / 235
Kraftfahrzeuge .....	4/5 / 109
Krankheit .....	11/12 / 227
Landtagswahl .....	10 / 210, 11/12 / 229
Land und Bund im Vergleich .....	4/5 / 119
Landeshaushalt 1997 .....	4/5 / 98
Landwirtschaft .....	4/5 / 84

## Heft /Seite

Milcherzeugung .....	4/5 / 89
Öffentliche Wasserversorgung .....	9 / 189
Preisentwicklung .....	4/5 / 113
Preisindex .....	4/5 / 114
Private	
Haushalte .....	3 / 69, 3 / 71, 10 / 200, 11/12 / 237
Schlachtungen .....	4/5 / 89
Schulden privater Haushalte .....	10 / 200
Schulen,	
allgemeinbildende .....	4/5 / 79
berufsbildende .....	4/5 / 80
Sozialhilfe .....	7 / 149, 11/12 / 232
Steuern,	
Gemeinde- .....	4/5 / 113
Staatliche .....	4/5 / 112
Straßenverkehrsunfälle .....	4/5 / 110
Tierbestände und tierische Erzeugung .....	4/5 / 88
Übernachtungen .....	4/5 / 107
Umweltökonomische Gesamtrechnung .....	2 / 20
Unfälle im Straßenverkehr .....	4/5 / 110
Verarbeitendes Gewerbe, .....	4/5 / 90
Umsatz .....	4/5 / 92
Auftragseingang .....	4/5 / 94
Verdienste .....	4/5 / 115
Verkehr .....	4/5 / 109
Viehbestände .....	4/5 / 88
Viehhalter .....	4/5 / 88
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung .....	6 / 124
Wasserversorgung, öffentliche .....	9 / 189
Wohnen .....	4/5 / 95



# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

50. Jahrgang • Heft 1

Januar 1998

<b>Inhalt • Kurz gefaßt</b> .....	2
Bauhauptgewerbe, Verarbeitendes Gewerbe, landwirtschaftliche Betriebe, Fremdenverkehr, Markt- obstbau, Kommunalwahl	
<b>• Aufsätze</b>	
<b>Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe</b> .....	4
Eingangs beschreiben die Autoren die Bedeutung des Einheitswertes für Immobilien und anderes Realkapital im Steuerrecht. Ausführlich werden die umfangreichen Gesetzesänderungen im Bewer- tungs- und Vermögensrecht seit etwa Mitte der 80er Jahre dargestellt, die u. a. die Zahl der bewer- teten Betriebe deutlich reduzierten, das Betriebsvermögen und damit die Einheitswerte aber gleichzeitig anstiegen ließen. Im weiteren wird aufgezeigt, wie mit Hilfe der Einheitswertstatistik – ähnlich wie durch eine Bilanzanalyse – der Vermögens- und Kapitalaufbau eines Unternehmens charakterisiert werden kann. Die Autoren kennzeichnen die Vermögens- und Kapitalstrukturen der Betriebe, gegliedert nach Wirtschaftsbereichen und Rechtsformen, und begründen Besonderheiten.	
<b>Volkentscheid zur Erhaltung des Buß- und Bettages in Schleswig-Holstein am 30. November 1997</b> .....	17
Der Autor beschreibt die rechtlichen Modalitäten eines Volkentscheids in Schleswig-Holstein, das mit der Volksabstimmung zum Buß- und Bettag eine verfassungsrechtliche Premiere feierte. Im Mittelpunkt der Ausführungen werden die Abstimmungsergebnisse dargestellt, wobei u. a. auf die unterschiedliche Verteilung der Ja-Nein-Stimmen in den einzelnen Kreisen/kreisfreien Städten sowie auf den Zusammenhang zwischen dem Maß der Ja-Nein-Stimmen und der Höhe der Ab- stimmungsbeteiligung hingewiesen wird.	
<b>• Kurzbeitrag</b>	
<b>130 000 Teilnehmer an öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit</b> .....	22
Dieser Kurzaufsatz gibt einen Überblick über die öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugend- arbeit im Jahre 1996.	
<b>• Entwicklung im Bild</b> .....	23
<b>• Beilage</b>	
Zahlenbeilage Inhaltsverzeichnis 1997	



### **Weniger Beschäftigte im Bauhauptgewerbe**

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein waren im Durchschnitt der Monate Januar bis einschließlich Oktober 1997 40 147 Personen beschäftigt und damit 6,0 % weniger als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Der gleichzeitige Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe betrug dagegen nur 2,5 %. Leicht zurückgegangen ist auch das in geleisteten Arbeitsstunden gemessene Produktionsvolumen des Bauhauptgewerbes. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden auf den Baustellen 0,2 % weniger Stunden gearbeitet als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Auftragseingänge der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten haben in den ersten zehn Monaten 1997 ebenfalls leicht abgenommen, und zwar um 0,3 % auf 3,0 Mrd. DM.

### **Wirtschaftliche Lage im Verarbeitenden Gewerbe 1997 absehbar besser als 1996**

Die Entwicklung in den ersten zehn Monaten des Jahres 1997 im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins deutet darauf hin, daß auch für das ganze Jahr mit einer Verbesserung der ökonomischen Eckdaten im Vergleich zum Vorjahr gerechnet werden kann.

So lagen die von Januar bis Oktober 1997 erzielten Umsätze mit 40,6 Mrd. DM um 5,3 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. Vor einem Jahr wurde noch ein Rückgang um 2,4 % ermittelt. Diese insgesamt erfreuliche Umsatzentwicklung wird allerdings allein vom Auslandsgeschäft gestützt. Während die Inlandsumsätze in den ersten zehn Monaten 1997 das Vorjahresniveau knapp verfehlten, erfuhr das Auslandsgeschäft eine Ausweitung um mehr als ein Fünftel und trug damit allein zum Gesamtanstieg bei. Im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1996 hatten auch die Auslandsumsätze dagegen noch einen Rückgang um 3,2 % aufgewiesen.

Eine noch deutlichere Erholung ist bei den Auftrags-eingängen festzustellen. Nachdem sie in den ersten zehn Monaten 1996 vor allem aufgrund der rückläufigen Binnennachfrage (- 9,2 %) um 6,6 % zurückgegangen waren, meldeten die Betriebe für die Monate bis Oktober 1997 ein leichtes Auftragsplus von 1,8 %. Dabei wurden die auch in 1997 rezessiven Inlandsbestellungen (- 4,8 %) durch einen um 15 % höheren Ordereingang ausländischer Kunden überkompensiert.

Der Beschäftigtenabbau ist zwar noch nicht gestoppt, hat sich aber im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt

und lag im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres 1997 bei - 2,5 % (Jan. bis Okt. 1996: - 4,3 %).

### **Weniger landwirtschaftliche Betriebe**

Im Mai 1997 gab es in Schleswig-Holstein 24 230 Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 1 ha und mehr. Ihre Zahl nahm in Jahresfrist um 524 Betriebe oder 2,1 % weiter ab. Der Strukturwandel zu weniger und größeren Betrieben setzte sich fort.

9 300 Betriebe – also über ein Drittel – bewirtschaftete 1997 weniger als 10 ha LF. Dieser Betriebsgrößenbereich veränderte sich nur geringfügig. Es handelt sich bei diesen Betrieben außer um spezialisierte Gartenbau- und Veredlungsbetriebe um Nebenerwerbsbetriebe, Hobbybetriebe und um „Resthöfe“. So nahm die Zahl der Betriebe im Größenklassenbereich von 10 bis 100 ha LF gegenüber dem Vorjahr per Saldo um 6 % auf 12 400 ab. Demgegenüber stieg die Zahl der Betriebe mit 100 ha LF und mehr in Jahresfrist um 8 % auf 2 511 an; darunter waren 422 Betriebe mit 200 ha LF und mehr.

Die landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten insgesamt 1,046 Mill. ha LF, also knapp zwei Drittel der Gebietsfläche Schleswig-Holsteins. Allein 40 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfielen auf die Betriebe im Größenbereich ab 100 ha LF.

Neben 4 364 landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschafteten 2 296 Forstbetriebe eine Waldfläche von 1 ha und mehr. Zusammen entfielen auf diese Betriebe 145 500 ha Wald, davon 72 % auf die Forstbetriebe.

### **Fremdenverkehr im Ferienmonat Oktober**

Im Oktober 1997, der traditionell die Herbstferien einschließt, kamen 378 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) an. Das waren 7,8 % mehr Gäste als im Oktober 1996. Die Zahl der gebuchten Übernachtungen (1,7 Mill.) ging dennoch zurück, und zwar um 1,3 % gegenüber Oktober 1996.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden damit bisher insgesamt 3,4 % weniger Übernachtungen gezählt als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. An dieser Entwicklung nahmen die Betriebe recht unterschiedlich teil. Durch die Einsparungen im Gesundheitswesen bleiben die Sanatorien und Kurkrankenhäuser von einer rückläufigen Entwicklung besonders betroffen (- 21,9 %), während die herkömmliche Hotellerie (Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis) leichte (+ 0,5 %) Übernachtungszuwächse meldete.



Trotz insgesamt rückläufiger Übernachtungszahlen seit Jahresbeginn sind dennoch mehr Gäste angekommen. Schleswig-Holstein besuchten 2,7 % mehr Reisende als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die überwiegende Zahl der Reisenden wohnte im Inland. Zu ihnen gesellten sich 290 000 Gäste, die im Ausland ihren Wohnsitz hatten – es waren 8,4 % mehr als noch im Vorjahr.

### **14 000 t Äpfel im Marktbobstbau geerntet**

1997 wurden in Schleswig-Holstein im Marktbobstbau auf einer Fläche von 677 ha gut 14 000 t Äpfel geerntet. Allein 8 000 t oder knapp sechs Zehntel dieser Erntemenge wurden im Naturraum „Elbmarsch“ erzeugt, einem durch Boden und Klima für den Obstbau begünstigten Anbaugebiet.

Mit durchschnittlich 207 dt je Hektar wurden die hohen Apfelerträge des Vorjahres (228 dt/ha) nicht erreicht, sie übertrafen jedoch leicht das mehrjährige Ertragsmittel (201 dt/ha). Zwischen den Apfelsorten bestanden erhebliche Ertragsunterschiede. Besonders ertragreich waren in diesem Erntejahr Boskoop (297 dt/ha) und Gloster (276 dt/ha), während der Holsteiner Cox, die in Schleswig-Holstein am stärksten verbreitete Sorte, mit 197 dt/ha nicht ganz den diesjährigen durchschnittlichen Hektarertrag im Marktbobstbau erreichte.

### **Zur Struktur des Bauhauptgewerbes 1997**

Im Rahmen der jährlich zum 30. Juni durchzuführenden Befragung aller Betriebe des Bauhauptgewerbes zählte man 1997 in Schleswig-Holstein 3 552 Betriebe, 3,8 % mehr als im Vorjahr. Diese Entwicklung wurde ausschließlich durch den Anstieg der Zahl kleinerer Firmen getragen, wobei hierzu solche mit 9 und weniger Beschäftigten zählen. Die Zahl der Betriebe dieser Größenordnung stieg um 8,1 % auf 2 424 Einheiten, so daß Mitte dieses Jahres gut zwei Drittel aller Baubetriebe in Schleswig-Holstein Kleinbetriebe waren. Von den mittleren und größeren Betrieben gab es dagegen 1997 weniger als 1996. Zu den größeren Firmen – gemeint sind hier Betriebe mit einem Mitarbeiterbestand von mindestens 50 Personen – gehörten Ende Juni 1997 137 Einheiten, das sind gut 14 % weniger als 1996 und 3,9 % aller Baubetriebe in Schleswig-Holstein.

Am 30. Juni 1997 beschäftigten die 3 552 Betriebe des Bauhauptgewerbes 40 667 Personen und damit 5,6 % weniger als Mitte 1996. Dieser scheinbare Widerspruch – mehr Betriebe einerseits, weniger Beschäftigte andererseits – beruht auf der Tatsache, daß der ausschließlich durch kleine Einheiten verursachte Zuwachs der Betriebe zu einem Anstieg der

Beschäftigung in diesen Betriebsgrößen um 7,4 % führte. Für das gesamte Bauhauptgewerbe bestätigt sich dadurch die kleinbetrieblich geprägte Struktur und der daraus resultierende Beschäftigtenumfang. Am 30. Juni 1997 hatten in den 2 424 Betrieben mit 9 und weniger Beschäftigten, also in etwa zwei Drittel aller Betriebe des Bauhauptgewerbes, nur ein Fünftel der 40 667 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. Die für die kleineren Betriebe positive Entwicklung wurde durch die rückläufigen Zahlen der mittleren und größeren Betriebe deutlich überkompensiert. Allein in den relativ wenigen Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten (137 Einheiten) ging der Personalbestand um über 15 % auf 12 919 Personen zurück, d. h. Mitte 1997 waren in knapp 4 % der Betriebe des Bauhauptgewerbes fast 32 % des gesamten Personalbestandes beschäftigt.

### **13 200 Vertreterinnen und Vertreter für Kreise und Gemeinden zu wählen**

Bei der Kommunalwahl am 22. März 1998 sind insgesamt 13 157 Vertreterinnen und Vertreter für die Kreise und Gemeinden zu wählen, das sind 150 (1,2 %) mehr als zur Wahl 1994. Wie 1994 sind 184 Vertreterinnen und Vertreter in den kreisfreien Städten und 511 in den Kreisen zu wählen. In den kreisangehörigen Gemeinden sind 12 462 Sitze in den Kommunalparlamenten durch die Wahl zu belegen, 1994 waren es 12 312.

Durch die Teilung der Gemeinde Groß Gladebrügge, Kreis Segeberg, in die Gemeinden Klein Gladebrügge und Traventhal mit Wirkung vom 1. Januar 1998 finden die Kommunalwahlen nunmehr in 1 130 Gemeinden statt. In 30 dieser Gemeinden ist jedoch keine Gemeindevertretung zu wählen, da die für die Wahl maßgebliche Einwohnerzahl der Gemeinde unter 71 liegt. Hier tritt an die Stelle der Gemeindevertretung die Gemeindeversammlung, der alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde angehören.

Für die Wahlen ist Schleswig-Holstein in 2 490 Wahlkreise eingeteilt, 39 mehr als 1994. In 305 von ihnen sind die unmittelbaren Vertreterinnen und Vertreter der Kreise zu wählen, in 100 die der kreisfreien Städte und in 2 085 die der kreisangehörigen Gemeinden.



## Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe

### Die Rolle der Einheitswerte

Wenn der Fiskus die Vermögen besteuern will, muß er zuvor deren Höhe bestimmen. Um laufend und zeitnah besteuern zu können, müßte er die Vermögen eigentlich auch laufend und zeitnah bewerten. Dies ist aber insbesondere bei Immobilien und anderem Realkapital schwierig und aufwendig. Bis 1995 führte der deutsche Fiskus die Bewertung des Vermögens nur in regelmäßigen Zeitabständen durch, die man Hauptfeststellungszeiträume nennt. Die Hauptfeststellung von Vermögen fand alle drei Jahre statt, und zwar zu einem für alle Steuerpflichtigen einheitlichen Termin. Die dann festgesetzte Jahressteuer blieb für diesen Zeitraum konstant. Einheitswerte für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens galten für Vermögens-, Grund- und Gewerbesteuer. Betriebsgrundstücke wurden dabei wie das Grundvermögen nach dem Stand von 1964 bewertet.

Das Gesetz über Steuerstatistiken bestimmt, daß in Verbindung mit der Hauptfeststellung der Einheitswerte nach dem Stand am jeweiligen Hauptfeststellungszeitpunkt eine Bundesstatistik durchzuführen ist. Die Daten stellt die Finanzverwaltung dem Statistischen Landesamt per Datenträger zur Verfügung. Die Daten für diese Sekundärstatistik kann das Statistische Landesamt natürlich erst dann aufbereiten, wenn die Finanzämter die z. T. mehrjährigen Feststellungsarbeiten abgeschlossen haben. Die Statistik liefert also Daten, die schon einige Jahre alt sind. Ihre Hauptbedeutung, wertvolle Daten über die Struktur der betrieblichen Bilanzposten bereitzustellen, bleibt davon unberührt.

Infolge der Wiedervereinigung wurde die für 1992 fällige Hauptfeststellung der Einheitswerte um ein Jahr verschoben. Die statistischen Ergebnisse für 1993 können deshalb erst jetzt präsentiert werden. Die derzeitige Hauptfeststellung der Einheitswerte zum 1. Januar 1995 führen die Finanzämter wohl letztmalig durch, weil durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.08.1995 der Bundesgesetzgeber gezwungen wurde, die Besteuerung von Vermögenstatbeständen neu zu regeln. In der Entscheidung wird insbesondere der Ansatz des Grundbesitzes mit den alten Einheitswerten bei der Vermögens- und Erbschaftsteuer für verfassungswidrig erklärt. Die Einheitswerte des Grundvermögens dienten bisher u. a. als Bemessungsgrundlage der Grundsteuer, der Erbschaftsteuer, der Vermögensteuer, der Gewerbesteuer, der Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft sowie der Be-

steuerung nach Durchschnittssätzen und der Pauschalierung des Nutzwertes eigengenutzter Wohnungen im eigenen Einfamilienhaus und im sogenannten „unechten“ Zweifamilienhaus. Sie sind weiterhin Bemessungsgrundlage für Beiträge zu Wasser- und Bodenverbänden, für Leistungen nach dem Wohngeldgesetz und nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, für Landwirtschaftskammerabgaben und für Berufsgenossenschaftsbeiträge in der Landwirtschaft.

Eine generelle Grundbesitzneubewertung wird es künftig nicht mehr geben. Nach der Neuregelung der Erbschaftsteuer sowie der dazugehörigen Bewertung des Grundbesitzes wird ab 1. Januar 1996 eine allgemein als ungerecht empfundene Zweigleisigkeit in der Besteuerung der Erbschaft beseitigt, nämlich die Besteuerung von Grundbesitz nach Werten von 1964 und die von Kapitalvermögen nach dem Gegenwartswert. Für Zwecke der Erbschaftsteuer (seit 1996) und für Zwecke der Grunderwerbsteuer (seit 1997) wird Grundbesitz nur noch im Bedarfsfall neu bewertet.

Da die Vermögensteuer ab 1997 nicht mehr erhoben wird und die Gewerbesteuer abgeschafft ist, werden künftig regelmäßige Einheitswertfeststellungen des Betriebsvermögens nicht mehr erforderlich sein. Noch offen ist, wie die künftigen Bemessungsgrundlagen für die Grundsteuer der Gemeinden ausgestaltet werden.

Das Jahressteuergesetz 1997 (§ 11 Nr. 2 e, § 17 Abs. 2; in Verbindung mit § 138 Bewertungsgesetz) sieht zwar eine Hauptfeststellung der Einheitswerte zum 1. Januar 1999 vor, weil augenblicklich noch Bemessungsgrundlagen für die Grund- und Gewerbesteuer erforderlich sind. Im Zuge weiterer Steuerrechtsreformen soll diese Terminfestlegung jedoch aufgehoben werden.

Dieser Aufsatz schildert die statistischen Ergebnisse der Hauptfeststellung 1993 und stellt sie in den Vergleich mit den Ergebnissen früherer Einheitswertstatistiken. Zum besseren Verständnis sollen dazu auch die wichtigsten Änderungen des komplizierten Vermögensteuer- und Bewertungsrechts im Zeitraum der letzten zwei Jahrzehnte knapp umrissen werden.

### Zahl der Einheitswertfeststellungen deutlich reduziert

Der langfristige Vergleich der Daten der Einheitswertstatistik wird insbesondere durch häufige Steuer-



### Betriebe, Rohbetriebsvermögen und Einheitswerte

Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar ...	Betriebe	Rohbetriebsvermögen <sup>1</sup>	Einheitswerte
	Anzahl	Mill. DM	
1974	43 912	51 317	9 666
1977	44 276	66 114	12 536
1980	31 087	62 934	12 377
1983	23 703	65 338	12 008
1986	21 464	117 227	16 650
1989	21 715	101 712	20 250
1993	20 375	126 707	19 769

<sup>1</sup> ab 1993 einschl. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und Hinzurechnungen nach § 107 BewG

rechtsänderungen getrübt. Erhöhungen von Freibeträgen bewirken beispielsweise, daß im unteren Bereich der Größenordnung Betriebe nicht nur aus der Besteuerung, sondern damit auch aus der Statistik hinausfallen.

Der erste kräftige Rückgang der Zahl der bewerteten Betriebe zeigt sich 1980, als sie gegenüber 1977 um 29,8 % auf 31 087 zurückgegangen war. 1983 sank sie noch einmal um 23,8 % auf 23 703. Der Rückgang hatte überwiegend steuerrechtliche Gründe. Während 1977 die Erklärungen zur Feststellung des Einheitswertes an die Höhe des Betriebsvermögens (Wert von mindestens 6 000 DM) angeknüpft hatten, waren ab 1. Januar 1980 nur noch die Betriebe erklärungspflichtig, deren Gewerbekapital den Freibetrag von 60 000 DM überstieg. In die Gewerbekapitalberechnung ging der aus dem Betriebsvermögen durch Abzug der Betriebsschulden ermittelte Einheitswert zwar ein, das durch Hinzurechnen (z. B. Dauerschulden) und Kürzungen (z. B. Grundstückseinheitswerte) ermittelte Gewerbekapital ergab jedoch eine neue Ausgangsbasis infolge des Freibetrages von 60 000 DM. Beim Gewerbekapital bedeutete dies, daß für zahlreiche kleine und mittlere Betriebe keine Erklärungs-pflicht zur Feststellung des Einheitswertes mehr bestand.

Mit der Verdoppelung des Freibetrages auf 120 000 DM ab 1983 wurden weitere Betriebe in der Statistik nicht berücksichtigt. Ein zusätzlicher Grund für diesen Rückgang ergab sich aus der Gewerbekapitalberechnung selbst. Nach dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 waren bei der Ermittlung des Gewerbekapitals die Dauerschulden nur noch zu 60 % anzurechnen. Beide Aspekte – die teilweise Anrechnung der Dauerschulden wie auch die Anhebung der Erklärungs-

pflichtgrenze – führten dazu, daß in Schleswig-Holstein 1983 nur noch 23 703 Betriebe bewertet wurden. Das Rohbetriebsvermögen stieg trotzdem auf 65,3 Mrd. DM, während das Reinvermögen, also die Summe der Einheitswerte, geringfügig auf 12,0 Mrd. DM zurückging.

Das Bewertungs- und Vermögensteuerrecht hat sich danach durch zahlreiche neue Regelungen, insbesondere durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 sowie die Steuerbereinigungsgesetze 1985 und 1986 weiter geändert. Das Steuerentlastungsgesetz 1984 (BGBl. I 1983 S. 1583 f.) brachte u. a. wesentliche Minderung bei der Vermögensteuerbelastung des Betriebsvermögens. Hier die wichtigsten Regelungen dieses Gesetzes:

- Durch Art. 1 Nr. 3 dieses Gesetzes wurde der § 117 a in das Bewertungsgesetz (BewG) eingefügt. Danach bleibt Betriebsvermögen, das im Rahmen der Einheitsbewertung als Teil des Gesamtvermögens festgestellt und im Ergebnis insgesamt positiv ist, bis zu einem Betrag von 125 000 DM bei unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtigen außer Ansatz. Übersteigt das Betriebsvermögen diesen Betrag, so ist es nur mit 75 v. H. anzusetzen. Gehört zu einem Betriebsvermögen sogenanntes Handelsschiffsvermögen, dann bleibt ein beim übrigen Betriebsvermögen nicht verbrauchter Freibetrag bis zu max. 125 000 DM steuerfrei, der darüber hinausgehende Betrag wird nur mit 50 v. H. angesetzt. Diese Freibetragsregelung steht bei Zusammenveranlagungen mehrerer an einem Gewerbebetrieb beteiligter Personen jedem Mitglied der Veranlagungsgemeinschaft zu, soweit ihm positives Betriebsvermögen zuzurechnen ist; dies gilt auch bei einer Beteiligung an einer Personengesellschaft. Bei mehreren Gewerbebetrieben eines Steuerpflichtigen, für die ein Einheitswert festgestellt wird, ist die Summe dieser Einheitswerte maßgebend. Eine Verrechnung eines nicht ausgenutzten Freibetrages mit dem Betriebsvermögen eines anderen Beteiligten ist nicht zulässig.
- Durch Art. 1 Nr. 2 dieses Gesetzes wurde § 102 BewG (Vergünstigung für Schachtelgesellschaften) neu gefaßt; dabei ist die Grenze für die Gewährung des Schachtelprivilegs (Steuerfreiheit einer Schachtelbeteiligung) von 25 v. H. auf 10 v. H. geändert worden. Zugleich wurden die inländischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den Kreis der Schachtel-Untergesellschaften einbezogen. Ferner wurde bei Schachtelvergünstigung über die Grenze bei mehrfacher Verschachtelung auf das Erfordernis der sogenannten Durchschüttung verzichtet. Außerdem wurde die Freistellung von Schachtelbeteiligungen an ausländischen Gesellschaften aufgrund von Doppelbesteuerungs-



abkommen ebenfalls bereits ab der Beteiligungsgrenze von 10 v. H. ermöglicht.

- Nach Art. 1 Nr. 4 dieses Gesetzes wurde § 121 Abs. 2 Nr. 4 BewG (Inlandsvermögen) geändert; danach gehört die Beteiligung an einer inländischen Kapitalgesellschaft nunmehr bereits zum steuerpflichtigen Inlandsvermögen eines beschränkt Steuerpflichtigen, wenn diese mindestens 10 v. H. statt bisher 25 v. H. ausmacht.
- Ferner wurde durch Art. 1 Nr. 1 dieses Gesetzes § 97 Abs. 1 Nr. 5 BewG ergänzt und die bisherige Rechtsprechung gesetzlich geregelt. Danach werden dem gewerblichen Betrieb einer Personengesellschaft auch Wirtschaftsgüter zugerechnet, die im Eigentum eines, mehrerer oder aller beteiligten Gesellschafter stehen und dem Betrieb der Gesellschaft dienen, soweit sie nicht Körperschaften im Sinne des § 97 Abs. 1 Nr. 1 - 4 BewG sind.

Durch das Steuerbereinigungsgesetz 1985 (BGBl. I 1984, S. 1493) wurden Vervielfältiger, die in bestimmten Fällen der Berechnung von Pensionsanswartschaften zugrunde gelegt werden, eingeführt, wodurch sich die Abzugsmöglichkeit von Pensionsverpflichtungen erhöht hat.

Das Steuerbereinigungsgesetz 1986 (BGBl. I 1985, S. 2436) erweiterte den Kreis der Personengesellschaften, deren Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen zählen (gewerblich geprägte Personengesellschaften), und ergänzte die Vorschriften über die Wirtschaftsgüter, welche zum Betriebsvermögen gehören. Danach rechnet zum Betriebsvermögen auch der Geschäfts- oder Firmenwert, soweit er entgeltlich erworben wurde. Zum Jahresbeginn 1986 wurden zwar nur 21 464 Betriebe bewertet, 9,4 % weniger als 1983. Gleichzeitig aber stieg das Einheitswertvolumen um 38,7 % auf 16,7 Mrd. DM.

Auf die Einheitswerte zum 1. Januar 1989 hatten weitere Änderungen des Bewertungs- und Vermögensteuerrechts – insbesondere durch das Steuerreformgesetz 1990 – Einfluß:

- Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen i. S. des § 97 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BewG wurden hinsichtlich der Behandlung des Sonderbetriebsvermögens den natürlichen Personen und den Personengesellschaften gleichgestellt. Bei Sonderbetriebsvermögen I handelt es sich um Wirtschaftsgüter, die im Eigentum einzelner Gesellschafter stehen und die der Gesellschaft zur Nutzung überlassen sind. Zum Sonderbetriebsvermögen II gehören Wirtschaftsgüter, die der Mitunternehmer zwar nicht unmittelbar der Personengesellschaft zur Nutzung überlassen hat, die aber der Beteiligung an der Personengesellschaft die-

nen oder zu dienen bestimmt sind. Es wird klar gestellt, daß auch Wirtschaftsgüter des Sonderbetriebsvermögens in die Einheitsbewertung der Personengesellschaft einzubeziehen sind, wobei die Zurechnung zum Sonderbetriebsvermögen stets der Zurechnung zum Betriebsvermögen des Mitunternehmers (ggf. Kapitalgesellschaft) vorgeht.

- Auch Forderungen und Schulden zwischen Gesellschaft und Gesellschafter sind wie Wirtschaftsgüter des Sonderbetriebsvermögens der Gesellschaft zu behandeln, es sei denn, sie stammen aus dem regelmäßigen Geschäftsverkehr zwischen beiden; somit können Forderungen (Schulden) nur beim Einheitswert der Gesellschaft anerkannt werden, der wiederum ggf. einheitlich festgestellt, den Beteiligten vorweg anteilig zugerechnet wird.
- Schließlich waren Forderungen von Nichtgesellschafter-Ehegatten gegenüber einer Personengesellschaft bei der Gesellschaft als Schuldposten und als Besitzposten zum Sonderbetriebsvermögen des Gesellschafters zu rechnen. Entsprechend ist auch bei Einzelunternehmen zu verfahren; eine Forderung der Ehefrau wird zum Betriebsvermögen des Ehegatten gerechnet, eine Schuld gegenüber der Ehefrau kann nicht mehr abgezogen werden. Vermögensteuerlich führt die Einbeziehung des Sonderbetriebsvermögens in das Betriebsvermögen der Gesellschaft zu seiner Berücksichtigung bei der Vergünstigung des Betriebsvermögens nach § 117 a BewG.
- In § 103 a Satz 2 BewG wird klarstellend geregelt, daß Rückstellungen für Jubiläumswendungen nur unter der Voraussetzung, daß die versprochene Zuwendung dem Berechtigten für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses zusteht und die Zusage rechtsverbindlich in schriftlicher Form erfolgte, als Schuldposten abzugsfähig ist.

Weitere Änderungen ergaben sich durch die neue Vermögensteuer-Durchführungs-Verordnung. Für die seit 1985 am deutschen Kapitalmarkt gehandelten Zero-Bonds sind erstmals bewertungsrechtliche Vorschriften aufgenommen worden. Danach ist bei notierten Papieren der niedrigste am Stichtag notierte Kurs maßgebend, bei nichtnotierten Papieren wird, falls sie zum Betriebsvermögen zählen, der Steuerbilanzwert, bei sonstigen Vermögen ein besonderer Rückzahlungswert angesetzt.

Durch Bundesfinanzhof-Urteil vom 18.05.1988 können Schulden, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit einer inländischen Schachtelbeteiligung stehen, bei der Ermittlung des Betriebsvermögens nur dann abgezogen werden, wenn sie den Wert der Schachtelbeteiligung übersteigen (Schuldenüberhang).



Auf Beschluß der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder können Sparkassen für eine in der Handels- und Steuerbilanz unterlassene Pauschalwertberichtigung diese bei der Ermittlung des Einheitswertes des Betriebsvermögens auf den Übergangsstichtag 1. Januar 1989 als Schuldposten berücksichtigen.

Ebenfalls durch Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes wurde entschieden, daß die Einzahlungsansprüche auf das erhöhte Stamm- oder Grundkapital einer Kapitalgesellschaft bei der Bewertung auf den Bewertungsstichtag nicht anzusetzen sind, wenn es sich nicht um Ansprüche auf Leistungen der gesetzlich oder satzungsgemäß vor der Eintragung zu leistenden Einlagen handelt. Werden dagegen freiwillige Einzahlungen ohne gesetzliche oder satzungsmäßige Verpflichtung geleistet, wird der Wert als Schuldverpflichtung angesetzt, beim Anteilseigner gilt er als besonderes Wirtschaftsgut.

Nichtnotierte Anteile an Kapitalgesellschaften sind mit dem gemeinen Wert anzusetzen. In der Regel wird dieser aus Verkäufen abgeleitet. Nach neuester Rechtsprechung genügt dazu schon ein einziger Verkauf. Die genannten Änderungen im Bewertungsrecht haben sich auf die Zahl der bewerteten Betriebe kaum ausgewirkt, wohl aber auf die Vermögensstruktur. Zum 1. Januar 1989 wurden 21 715 Betriebe bewertet, also nur wenig mehr als 1986. Deren Rohbetriebsvermögen war mit 101,7 Mrd. DM zwar um 13,2 % niedriger als das der drei Jahre zuvor bewerteten Betriebe, aber das Reinvermögen der Betriebe erhöhte sich um immerhin 21,6 % auf 20,3 Mrd. DM.

Auch die deutsche Wiedervereinigung erforderte einige Klarstellungen und Regelungen im Bewertungsrecht. Nach Art. 3 des Einigungsvertrages vom 31.08.1990 mußten Vorschriften für die Bewertung des Vermögens im Beitrittsgebiet erlassen werden. Eine Neufassung des Bewertungsgesetzes vom 01.02.1991 (BGBl. I S. 230) berücksichtigte die Rechtsänderungen seit der Fassung der Bekanntmachung vom 30.05.1985. Für die Hauptfeststellung zum 1. Januar 1993 waren weitere Änderungen des Bewertungsgesetzes durch das Steueränderungsgesetz 1991 vom 24.06.1991 (BGBl. I S. 1322), durch das Steueränderungsgesetz 1992 vom 25.02.1992 (BGBl. I S. 297) und durch das Zinsabschlaggesetz vom 09.11.1992 (BGBl. I S. 1853) maßgebend.

Letztlich stellt die Zahl der 20 375 Betriebe, für die zum Jahresbeginn 1993 ein Einheitswert festgestellt wurde, abermals den niedrigsten Wert in der Zeitreihe dar. Das Rohbetriebsvermögen dieser Betriebe lag mit 126,7 Mrd. DM dennoch deutlich über allen bisherigen Werten. Die Summe aller Einheitswerte fiel allerdings mit 19,8 Mrd. DM um gut 2 % geringer aus als 1989.

## **Einheitswertstatistik liefert Abbild der Bilanz**

Im Gegensatz zu der in der Betriebswirtschaftslehre und auch in der amtlichen Statistik sonst üblichen Darstellung des Betriebes als örtlich begrenzte technisch-wirtschaftliche Organisationseinheit umfaßt der Gewerbebetrieb nach dem Bewertungsgesetz überwiegend das gesamte Unternehmen. Die Besitz- und Schuldposten, die der Einheitswertberechnung zugrunde liegen, können wie die Aktiva und Passiva einer Unternehmensbilanz gegenübergestellt werden, deren Bilanzsumme das Rohbetriebsvermögen aus der Einheitswertfeststellung darstellt. Die Relationen der verschiedenen Posten zum Rohbetriebsvermögen ergeben Kennzahlen und Strukturgrößen, wie sie aus der Bilanzanalyse, einem Anwendungsgebiet der Betriebswirtschaftslehre, bekannt sind. Wenn auch Bilanz- und Bewertungsrecht gewisse Unterschiede aufweisen, so wird mit den aus der Einheitswertstatistik ermittelten Kennzahlen für die gewerblichen Betriebe doch eine statistische Lücke geschlossen.

Die Affinität zwischen den Bilanzen und den Einheitswerten der Unternehmen ergibt sich aus dem Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz, der in § 5 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes verankert ist: „Bei Gewerbetreibenden, die ... verpflichtet sind, Bücher zu führen ..., ist für den Schluß des Wirtschaftsjahres das Betriebsvermögen anzusetzen ..., das nach den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung auszuweisen ist ...“ Darauf wiederum bezieht sich für die Einheitswertfeststellung § 109 BewG: „Die zu einem Gewerbebetrieb gehörenden Wirtschaftsgüter, sonstigen aktivischen Ansätze, Schulden und sonstigen passivischen Ansätze sind bei Steuerpflichtigen, die ihren Gewinn nach ... § 5 des Einkommensteuergesetzes ermitteln, ... mit den Steuerbilanzwerten anzusetzen.“

Die Einheitswertstatistik gibt also Aufschluß über den Vermögens- und Kapitalaufbau, d. h. über die Bilanzstruktur der gewerblichen Wirtschaft. Da auch kleinere und mittelständische Betriebe sowie Institutionen freier Berufe erfaßt werden, ergänzen diese Informationen die Ergebnisse der Unternehmensbilanzstatistik, die die Deutsche Bundesbank aus Zahlen erstellt, die die Großunternehmen nach dem sogenannten Publizitätsgesetz (Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen) veröffentlichen müssen.

Allerdings bricht die Einheitswertstatistik 1993 – aus durchaus gutem Grund – mit der Darstellung in den vorherigen Einheitswertstatistiken. Aus Anlaß einer ohnehin anstehenden Änderung der wirtschaftlichen Gliederung, auf die noch näher einzugehen ist, hat man den Tabellenoutput der Statistik nämlich gleich-



Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1993 in Bilanzform

AKTIVA			PASSIVA	
<b>Rohbetriebsvermögen</b> 126 707 Mill. DM	<b>Anlagevermögen</b> 40 481 Mill. DM	Immaterielle Vermögensgegenst. 5 509 Mill. DM	<b>Schulden und sonstige Abzüge</b> 104 738 Mill. DM	<b>Rückstellungen</b> 6 015 Mill. DM
		Sachanlagen 14 037 Mill. DM		
		Finanzanlagen 20 935 Mill. DM		
	<b>Umlaufvermögen</b> 85 667 Mill. DM	Vorratsvermögen 9 571 Mill. DM		<b>2 200 Mill. DM<sup>2</sup></b>
		Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 56 629 Mill. DM		
		Wertpapiere, Schecks, Kasse, Guthaben 19 467 Mill. DM		
<b>546 Mill. DM<sup>1</sup></b>		<b>Einheitswert (unabgerundet)</b> 19 769 Mill. DM		

<sup>1</sup> Ausstehende Einlagen, Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und Hinzurechnung nach § 107 BewG

<sup>2</sup> Passive Rechnungsabgrenzungsposten, Abzüge und Schuldenübertrag aufgrund von Schachtelbeteiligungen und Abrechnungen nach § 107 BewG

zeitig auch auf jene Bilanzgliederung abgestellt, die seit 1986 handelsrechtlich vorgeschrieben ist. Durch das sogenannte Bilanzrichtlinien-Gesetz war das Handelsrecht wesentlich reformiert worden. Dabei waren zur Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Gemeinschaften in das Handelsgesetzbuch auch zahlreiche Vorschriften für den Jahresabschluß aufgenommen worden. Die Gliederungsvorschriften für die Handelsbilanzen der Kapitalgesellschaften sind seitdem Bestandteil des Handelsrechts, sie gelten in verkürzter Form auch für die übrigen Unternehmen.

Die Feststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe setzt beim Rohbetriebsvermögen an. Grob gesprochen gilt 1993 wie auch in den Einheitswertstatistiken zuvor, daß das zum Rohbetriebsvermögen zusammengefaßte Anlage- und Umlaufvermögen als

die Aktivseite einer Bilanz interpretiert werden kann, der auf der Passivseite das aus Einheitswert und dem Gegenwert der Schachtelbeteiligungen zusammengesetzte Eigenkapital und das Fremdkapital, das die Schulden und sonstigen Abzüge umfaßt, gegenüberstehen. Die mit dem Bilanzrichtlinien-Gesetz in das Handelsrecht (§ 266 HGB) eingeführte Bilanzgliederung ist allerdings differenzierter: Auf der Aktivseite steht jetzt die aktive Rechnungsabgrenzung als gleichrangiger Posten neben Anlage- und Umlaufvermögen, und auch das Anlagevermögen umfaßt jetzt mit den immateriellen Vermögensgegenständen ebenfalls eine neben den Sach- und den Finanzanlagen dritte Unterkategorie.

Die Einheitswertstatistik versucht, insbesondere die Posten der Aktivseite entsprechend auszuweisen,



findet aber nicht für alle Originärpositionen – so etwa die „Hinzurechnungen nach § 107 Bewertungsgesetz“ – eine handelsrechtliche Entsprechung. Die Passivseite der Bilanzgliederung nach § 266 HGB kann die Einheitswertstatistik nur bedingt nachzeichnen. Weil sich nicht nur die Gliederung der Bilanz geändert hat, sondern 1993 die Einzelpositionen aufgrund gesetzlicher Regelung mit den ertragsteuerlichen Bilanzwerten anzusetzen waren und insofern auch inhaltlich von den Daten von 1989 abweichen, muß darauf verzichtet werden, das Ergebnis 1993 mit denen in der Zeitreihe zuvor tabellarisch zu verknüpfen. Die Daten der Einheitswertstatistik 1993 in der so weit wie möglich der Bilanzgliederung des neuen Handelsrechts nachempfundenen Form zeigt die Grafik.

**Besitz-, Schuldposten und Einheitswerte der gewerblichen Betriebe**

	Hauptfeststellungszeitpunkt			
	01.01.1983		01.01.1989	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Anlagevermögen	17 611	27,0	27 845	27,4
davon				
Sachanlagen	11 582	17,7	17 137	16,8
davon				
Betriebsgrundstücke	3 963	6,1	4 736	4,7
Maschinen und maschinelle Anlagen	5 303	8,1	8 092	8,0
sonstige Sachanlagen	2 316	3,5	4 309	4,2
Finanzanlagen	6 029	9,2	10 708	10,5
Umlaufvermögen	47 726	73,0	73 867	72,6
davon				
Betriebskapital	41 346	63,3	62 137	61,1
Vorratsvermögen	6 380	9,8	11 730	11,5
<b>Rohbetriebsvermögen</b>	<b>65 338</b>	<b>100</b>	<b>101 712</b>	<b>100</b>
Schulden und sonstige Abzüge	53 110	81,3	80 675	79,3
Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen	219	0,3	786	0,8
Einheitswert	12 008	18,4	20 250	19,9

In den Einheitswertstatistiken der Jahre 1983 und 1989, deren Ergebnisse zu Dokumentations- und Vergleichszwecken in der Tabelle präsentiert werden, bestand das Rohbetriebsvermögen definitorisch allein aus dem Anlage- und dem Umlaufvermögen. Beim Anlagevermögen unterschied man zwischen den Sachanlagen, die wiederum in Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen sowie sonstige Sachanlagen untergliedert waren, und den Finanzan-

lagen. Zu den Finanzanlagen gehörten neben den Darlehen und Hypothekenforderungen, den Wertpapieren und Beteiligungen auch die immateriellen Wirtschaftsgüter, also neben den Mineralgewinnungsrechten, die in der Statistik als solche gesondert ausgegliedert waren, die Patente, die Urheberrechte, Verlagsrechte u. ä. Als Umlaufvermögen wurde nur das Betriebskapital und das Vorratsvermögen (Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie an Halb- und Fertigerzeugnissen) nachgewiesen. Das Betriebskapital umfaßte neben den Barbeständen, Guthaben und Forderungen auch die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sowie die Hinzurechnungen.

Die so ermittelte Summe der zu den gewerblichen Betrieben gehörenden Wirtschaftsgüter (Rohbetriebsvermögen) verminderte man um die mit der Gesamtheit oder mit einzelnen Teilen des gewerblichen Betriebes in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden und sonstigen Abzüge sowie die Schachtelbeteiligungen, was als Ergebnis der Summe der Einheitswerte oder – synonym – dem Reinvermögen entspricht.

**Median des Einheitswertes 1993 bei 185 000 DM**

Die weitere Analyse der Einheitswertstatistik legt es zunächst nahe, die in Schleswig-Holstein ansässigen Betriebe nach der Höhe ihres Einheitswerts zu gruppieren. Der Einheitswert repräsentiert – wie bereits dargelegt – allerdings nicht die Bilanzsumme, also das Rohbetriebsvermögen, sondern aufgrund des Abzuges der Betriebsschulden das Reinvermögen.

Die gruppierte Häufigkeitsverteilung der Einheitswerte läßt Aussagen zu, wieviel % aller Betriebe mit ihrem Einheitswert ober- oder unterhalb eines Wertes x DM liegen. Umgekehrt läßt sich derjenige Einheitswert ermitteln, den x % der Betriebe übertreffen und den die übrigen (100 minus x) nicht erreichen. Der Zentralwert oder Median stellt hierbei den Sonderfall dar, daß gleichviel Betriebe über diesem Wert wie auch darunter liegen, x also 50 % darstellt.

Der Median der Einheitswerte lag  
 1980 bei 71 000 DM,  
 1983 bei 94 000 DM,  
 1986 bei 132 000 DM,  
 1989 bei 171 000 DM und  
 1993 bei 185 000 DM.

Der Median ist also im Zeitraum dieser 13 Jahre kontinuierlich um insgesamt 161 % gestiegen, was aber vor allem darauf zurückzuführen ist, daß – wie eingangs beschrieben – im Laufe der Zeit viele kleinere Betriebe aus der Einheitsbewertung herausgenom-



**Betriebe und ihre Einheitswerte nach der Größe ihres Einheitswerts**

Einheitswertgrößenklasse von ... bis unter ... DM	Hauptfeststellungszeitpunkt									
	01.01.1980		01.01.1983		01.01.1986		01.01.1989		01.01.1993	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	<b>Anzahl der Betriebe</b>									
Unter 10 000	2 926	9,4	1 503	6,3	810	3,8	613	2,8	462	2,3
10 000 - 50 000	10 000	32,2	6 220	26,2	4 390	20,5	3 720	17,1	3 117	15,3
50 000 - 100 000	6 274	20,2	4 677	19,7	4 869	22,7	4 968	22,9	4 857	23,8
100 000 - 500 000	9 064	29,2	8 458	35,7	8 217	38,3	8 739	40,2	8 214	40,3
500 000 - 1 Mill.	1 297	4,2	1 293	5,5	1 347	6,3	1 590	7,3	1 642	8,1
1 Mill. - 5 Mill.	1 196	3,8	1 218	5,1	1 360	6,3	1 496	6,9	1 513	7,4
5 Mill. - 10 Mill.	173	0,6	186	0,8	235	1,1	289	1,3	271	1,3
10 Mill. - 50 Mill.	135	0,4	128	0,5	194	0,9	247	1,1	253	1,2
50 Mill. und mehr	22	0,1	20	0,1	42	0,2	53	0,2	46	0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>31 087</b>	<b>100</b>	<b>23 703</b>	<b>100</b>	<b>21 464</b>	<b>100</b>	<b>21 715</b>	<b>100</b>	<b>20 375</b>	<b>100</b>
	<b>Summe der Einheitswerte in Mill. DM</b>									
Unter 10 000	16	0,1	8	0,1	4	0,0	3	0,0	3	0,0
10 000 - 50 000	272	2,2	176	1,5	137	0,8	120	0,6	101	0,5
50 000 - 100 000	454	3,7	334	2,8	338	2,0	343	1,7	334	1,7
100 000 - 500 000	1 912	15,4	1 817	15,1	1 794	10,8	1 954	9,6	1 881	9,5
500 000 - 1 Mill.	901	7,3	890	7,4	935	5,6	1 101	5,4	1 143	5,8
1 Mill. - 5 Mill.	2 500	20,2	2 532	21,1	2 849	17,1	3 176	15,7	3 105	15,7
5 Mill. - 10 Mill.	1 185	9,6	1 273	10,6	1 609	9,7	2 039	10,1	1 854	9,4
10 Mill. - 50 Mill.	2 638	21,3	2 681	22,3	3 922	23,6	5 328	26,3	5 314	26,9
50 Mill. und mehr	2 500	20,2	2 298	19,1	5 062	30,4	6 188	30,6	6 034	30,5
<b>Insgesamt</b>	<b>12 377</b>	<b>100</b>	<b>12 008</b>	<b>100</b>	<b>16 650</b>	<b>100</b>	<b>20 250</b>	<b>100</b>	<b>19 769</b>	<b>100</b>

men worden sind. Daß 1993 das arithmetische Mittel aller 20 375 Einheitswerte mit 970 000 DM mehr als das Fünffache des Medians ausmacht, zeigt die nach wie vor hohe Konzentration der Einheitswerte auf die großen Unternehmen. So hatten 1993 zwar nur zwei von 1 000 Betrieben einen Einheitswert von über 50 Mill. DM, aber diese 46 Betriebe vereinigten drei Zehntel allen Einheitswertes auf sich.

Während die Anteile der Betriebe in den unteren Größenklassen zurückgegangen sind und gleichzeitig in den mittleren Klassen zugenommen haben, konzentriert sich die Masse des Einheitswertvolumens zunehmend auf höhere Einheitswertgrößenklassen. Neben der allgemeinen Wertsteigerung, die zur Folge hat, daß Betriebe in höhere Einheitswertgrößenklassen hineinwachsen, führte hier insbesondere die Anhebung der Erklärungspflichtgrenzen zu einem Rückgang von Kleinstbetrieben. Daß in den unteren Größenklassen Einheitswerte überhaupt noch festgestellt

wurden, hängt zum einen damit zusammen, daß Einzelunternehmer oder Gesellschafter einer Personengesellschaft aufgrund anderer Vermögensarten eine Vermögensteuererklärung abzugeben hatten. Ein weiterer Grund kann sein, daß eine Reihe von Betrieben eine Kapitalstruktur mit einem hohen Anteil an Dauerschulden aufweist.

Mit einiger Unschärfe darf man davon ausgehen, daß die 20 375 Betriebe, für die die Finanzverwaltung zum 1. Januar 1993 Einheitswerte festgestellt hat, eine Teilmenge jener 87 385 Unternehmen sind, die mit einem Mindestumsatz im Jahr von 25 000 DM Gegenstand der Umsatzsteuerstatistik 1992 in Schleswig-Holstein waren. Mehr als drei Viertel jener etwa 87 000 der Umsatzsteuerüberwachung unterliegenden Unternehmen hatten also ein Betriebsvermögen unterhalb der Grenze, die zur Gewerbe- oder Vermögensteuerpflicht führt. Ungeachtet der unterschiedlichen Abgrenzungskriterien zwischen beiden Statisti-



ken dokumentieren auch diese Zahlen den stark reduzierten Erhebungsumfang bei kleineren Betrieben. Da in der Einheitswertstatistik weniger die Unternehmensgröße oder Umsatzhöhe als vielmehr die Ausstattung mit Anlagegütern oder die Höhe des Vorratsvermögens entscheidend ist, kann es sein, daß auch Unternehmen mit hohem Umsatz nicht erfaßt werden, weil sie z. B. mit geringem Kapitaleinsatz arbeiten und deswegen ein Einheitswert für sie nicht festgesetzt worden ist.

### Eigenkapitalquote bei etwa einem Drittel

Wie das Vermögen von Privatpersonen ist auch das der gewerblichen Betriebe in der Regel ein Ergebnis langfristiger Aufbaubemühungen. Die Zusammensetzung der Besitz- und Schuldposten spiegelt aber auch das der Wirtschaftslage angepaßte Finanzierungs- und Investitionsverhalten der Unternehmen und ihrer Vorratshaltungsdispositionen, sie ist also konjunkturellen Einflüssen unterworfen.

Der langjährige Vergleich läßt erkennen, daß die Anteile des Anlagevermögens am Rohbetriebsvermögen bis 1983 ständig zugenommen, die des Umlaufvermögens dagegen ständig abgenommen haben. Die für die Investitions- und Innovationskraft der Unternehmen als maßgeblich angesehene Eigenkapitalausstattung hat sich nicht wesentlich verändert:

### Bilanzrelationen der gewerblichen Betriebe<sup>1</sup>

Jahr <sup>2</sup>	Aktiva		Passiva		
	Anlagevermögen	Umlaufvermögen	Eigenkapital (Einheitswert und Schachtelbeteiligung)	Fremdkapital (Schulden und sonstige Abzüge)	
				insgesamt	dar. langfr. Verbindlichkeiten
% des Rohbetriebsvermögens					
1974	39,9	60,1	32,6	67,4	17,9
1977	41,7	58,3	35,7	64,3	18,1
1980	43,3	56,7	35,0	65,0	16,7
1983	45,0	55,0	36,2	63,8	16,9
1986	42,1	57,9	35,7	64,3	15,5
1989	41,9	58,1	37,8	62,2	13,4
1993 <sup>a</sup>	39,5	59,9	33,7	64,8	-

<sup>1</sup> ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften

<sup>2</sup> Einheitswert jeweils zum 01.01.

<sup>a</sup> Die Anteile der hier aufgeführten Aktiva und Passiva ergeben nicht zusammen 100, weil 1993 differenzierter gegliedert wurde (siehe hierzu Grafik auf Seite 8)

Das aus dem Einheitswert und dem Gegenwert der Schachtelbeteiligungen ermittelte Eigenkapital schwankte zwischen 33 % des Rohbetriebsvermögens im Jahre 1974 und 38 % im Jahre 1989, während das Fremdkapital, also die Schulden und sonstigen Abzüge, als Komplement entsprechend 62 % bis 67 % des Rohbetriebsvermögens ausmachte. Auch die langfristigen Verbindlichkeiten änderten sich kaum, sie schwankten zwischen 18 % des Rohbetriebsvermögens in den Jahren 1974 und 1977 und 13 % im Jahre 1989.

Im Durchschnitt der erfaßten Betriebe war das Anlagevermögen 1980 zu 81 %, 1983 zu 80 %, 1986 zu 86 %, 1989 zu 90 % und 1993 zu 85 % durch Eigenkapital gedeckt, d. h. die aus der betriebswirtschaftlichen Literatur bekannte „Goldene Bilanzregel“, wonach das Anlagevermögen möglichst vollständig durch Eigenkapital gedeckt sein sollte, wird nicht erfüllt. Erfüllt dagegen wurde die etwas weniger strenge „2 : 1 - Regel“, wonach das Anlagevermögen durch langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehende Mittel, also entweder durch Eigenkapital oder durch langfristiges Fremdkapital, gedeckt sein sollte. Für 1993 läßt sich ein solcher Wert allerdings nicht genau ermitteln, weil die langfristigen Verbindlichkeiten nicht mehr gesondert ausgewiesen sind.

### Relation Anlagevermögen zu Bilanzsumme in der Energiewirtschaft am höchsten

In der Fachpresse werden Meldungen über spektakuläre Firmenzusammenbrüche oder über die Ergebnisse der Insolvenzstatistik häufig von Klagen über die schlechte Eigenkapital-Ausstattung der Betriebe begleitet. Die im folgenden präsentierten Bilanzrelationen nach Branchen und Rechtsformen stützen diese Klagen nicht ohne weiteres, sie können allerdings auch nur als Näherungswerte verstanden werden. Die Würdigung dieser Bilanzrelationen bedarf spezieller Kenntnisse der betreffenden Branche, aber auch – weil Bilanzen ihrem Charakter nach nur Momentaufnahmen sind – des Vergleichs in der Zeitreihe.

Der Vergleich der Branchenergebnisse 1993 mit denen der vorherigen Erhebungen ist allerdings beeinträchtigt. Die EU-weite Revision und Vereinheitlichung der wirtschaftssystematischen Klassifikationen, die 1993 auch in der Einheitswertstatistik zur Anwendung kam, hat zu nicht nur marginalen Veränderungen geführt, so daß nicht ohne weiteres von der alten Gliederung auf die neue – oder umgekehrt – zugunsten einer lückenlosen, unterbrechungsfreien Zeitreihe umgerechnet werden kann. Im folgenden werden daher zwei Versatzstücke geboten: Die Zahlen nach alter Systematik für 1983 und 1989, auf die zunächst eingegangen wird, und die Zahlen für 1993.

**Bilanzrelationen der gewerblichen Betriebe<sup>1</sup> nach Wirtschaftsbereichen<sup>2</sup> 1983 und 1989**

Jahr	Betriebe	Bilanzsumme in Mill. DM	Aktiva				Passiva	
			Umlaufvermögen		Anlagevermögen		Fremdkapital (Schulden u. sonstige Abzüge)	Eigenkapital (Einheitswert u. Schachtelbeteiligungen)
			insgesamt	dar. Vorratsvermögen	insgesamt	dar. Maschi- nen u. ähnl. Anlagen		
			% der Bilanzsumme					
<b>Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei</b>								
1983	336	224	60	14	40	14	58	42
1989	263	180	52	18	48	14	65	35
<b>Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau</b>								
1983	102	3 698	24	2	76	62	64	36
1989	116	5 052	24	6	76	63	50	50
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>								
1983	3 901	8 130	58	27	42	17	61	39
1989	3 754	16 781	62	26	38	13	65	35
<b>Baugewerbe</b>								
1983	3 045	3 039	76	40	24	6	74	26
1989	2 618	3 076	74	38	26	6	74	26
<b>Großhandel</b>								
1983	2 205	4 759	74	26	27	4	71	29
1989	2 397	9 812	75	29	25	5	71	29
<b>Handelsvermittlung</b>								
1983	442	151	71	15	29	7	66	34
1989	372	298	71	29	29	3	68	32
<b>Einzelhandel</b>								
1983	4 867	3 074	65	39	35	3	59	41
1989	3 844	4 383	65	35	35	3	61	39
<b>Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe</b>								
1983	354	37 229	87	0	13	0	95	5
1989	305	53 211	87	2	13	1	95	5
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>								
1983	1 092	1 848	26	2	74	42	68	32
1989	1 038	2 219	33	2	67	30	60	40
<b>Dienstleistungen</b>								
1983	6 341	2 815	40	8	60	8	51	49
1989	5 803	5 584	40	5	60	18	44	56

<sup>1</sup> ohne Organisationen ohne Erwerbszweck, ohne Beteiligungsgesellschaften

<sup>2</sup> Systematik der Wirtschaftszweige 1979



Die Vermögens- und Kapitalstrukturen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen je nach Fertigungsmethode und Kapitalintensität branchentypische Unterschiede erkennen. Den mit 76 % höchsten Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme wies 1983 wie 1989 die Energiewirtschaft auf. Allein die Maschinen und ähnlichen Anlagen in diesem sehr kapitalintensiven Wirtschaftszweig machten über drei Fünftel des gesamten Rohbetriebsvermögens aus. Auch in den Bereichen des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung sowie der Dienstleistungen überschritt der Anteil des Anlagevermögens am Rohbetriebsvermögen den Durchschnitt für alle Wirtschaftsbereiche erheblich.

Für die drei genannten Bereiche ist ferner das geringe Vorratsvermögen augenfällig. Die Energiewirtschaft und der Verkehrssektor können die von ihnen produzierten Güter und Leistungen nicht oder nur im geringen Umfang vorrätig halten. Sie haben deshalb einen hohen Kapitalbedarf, um Spitzenbelastungen abfangen zu können. In beiden Bereichen ist auch ein ungünstiges Deckungsverhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen zu verzeichnen; 1989 waren weniger als zwei Drittel des Anlagevermögens durch eigene Mittel abgedeckt. Das Abweichen von der Bilanzregel, wonach zumindestens das Anlagevermögen durch Eigenkapital abgedeckt sein sollte, ist aber insofern gerechtfertigt, als in beiden Bereichen die öffentliche Hand finanziell engagiert und somit die Sicherheit des dort langfristig gebundenen Fremdkapitals gewährleistet ist.

In rein privatwirtschaftlich orientierten Branchen müssen die Deckungsverhältnisse zwischen dem Eigenkapital und dem Anlagevermögen günstiger aussehen. So ergab sich z. B. 1983 bei den Dienstleistungen die stärkste Eigenkapitalquote von 49 %; es folgten die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei mit 42 % und der Einzelhandel mit einer Eigenkapitalquote von 41 %. Unter dem Durchschnitt lagen – neben den bereits erörterten Branchen – das Baugewerbe, der Großhandel und die Handelsvermittlung.

Beim Verarbeitenden Gewerbe, dem der Bilanzsumme nach bedeutendsten der in der Tabelle genannten Bereiche, betrug 1983 der Anlagevermögensanteil 42 % und die Eigenkapitalquote 39 %. Beide Relationen verringerten sich während der 80er Jahre, dies allerdings bei überdurchschnittlich gewachsener Bilanzsumme: 1989 war das Rohbetriebsvermögen im Verarbeitenden Gewerbe mehr als doppelt so hoch wie 1983.

Das Baugewerbe und der Großhandel kommen dagegen mit relativ wenig Anlagevermögen und dementsprechend mit einer geringeren Eigenkapitaldecke aus. Dafür sind der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme und die Fremdkapitalquote beson-

ders hoch. Im Baugewerbe darf aus dem relativ geringen bilanziellen Anlagevermögen nicht auf niedrige Kapitalintensität in der Fertigung geschlossen werden. Bekanntlich bedienen sich viele Bauunternehmen des Anlageleasings, d. h. der ihnen verfügbare Maschinenpark ist umfangreicher, als es das bilanzielle Anlagevermögen anzeigt.

Die relativ größten Vorratsvermögen unterhalten das Baugewerbe und der Einzelhandel. Im Baugewerbe entfielen drei Viertel der Aktiva auf das Umlaufvermögen, wovon grob die Hälfte Vorräte waren. Das übrige Umlaufvermögen war Betriebskapital, das vornehmlich aus Forderungen für ganz oder teilweise fertiggestellte Bauten bestand.

Beim Großhandel betrug 1983 der Anteil des Umlaufvermögens 74 % der Bilanzsumme, davon entfielen auf die Vorräte 26 % und auf das Betriebskapital, das insbesondere aus Forderungen für Warenlieferungen resultiert, sogar 48 %. Dementsprechend ist auch die mit 71 % hohe Fremdkapitalquote für den Großhandel charakteristisch. Diese Verhältnisse änderten sich bis 1989 kaum.

Die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe weisen völlig andersartige Vermögens- und Schuldenstrukturen auf als die anderen Branchen. Anlage- und Umlaufvermögen sind weit überwiegend finanzielle Aktiva, wobei die Unterscheidung, welche Beteiligungen, Wertpapiere, Schecks, Edelmetallbestände usw. dem Anlage- und welche dem Umlaufvermögen zuzurechnen sind, nicht nur vom Handelsrecht bestimmt wird, sondern dezidiert auch vom Kreditwesengesetz und von der Bankenaufsicht. Mit Wirkung von 1991 gelten zudem die Bestimmungen des Bankbilanzrichtlinie-Gesetzes und ab 1993 die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute.

Auch das Eigenkapital der Banken liegt erwartungsgemäß weit unter dem Durchschnitt aller bewerteten Unternehmen. Es ist zwar die wichtigste Steuerungsgröße für den Kreditschöpfungsspielraum der Banken und kann daher eigentlich nicht hoch genug sein. Weil aber nahezu alle Geschäftsaktivitäten der Kreditinstitute unmittelbar bilanzwirksam sind, ist ihre Bilanzsumme enorm hoch, die Eigenkapitalquote entsprechend rechnerisch klein. So wird etwa das Eigenkapital eines Kreditinstituts nach § 10 Kreditwesengesetz als angemessen angesehen, wenn es 8 % der Bilanzsumme nicht unterschreitet.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die Forderung von § 10 Kreditwesengesetz, wonach die Kreditinstitute über ein angemessenes Eigenkapital verfügen müssen, konkretisieren die „Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute“ des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen. Nach dessen Grundsatz I darf das Verhältnis zwischen dem haftenden Eigenkapital und den gewichteten Risikoaktiva eines Kreditinstituts 8 % nicht unterschreiten.



**Besitz-, Schuldposten und Einheitswerte der gewerblichen Betriebe am 01.01.1993 in wirtschaftlicher Gliederung<sup>1</sup>**

Wirtschaftliche Gliederung	Zahl der Betriebe	Rohbetriebsvermögen in Mill. DM	Darunter				Einheitswert je Betrieb in 1 000 DM
			Anlagevermögen	Umlaufvermögen	Schulden und Abzüge zusammen		
			% des Rohbetriebsvermögens				
Land- und Forstwirtschaft	214	162	45	53	64	36	272
Fischerei und Fischzucht	17	23	77	23	81	19	253
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	55	338	25	75	73	27	1 651
Verarbeitendes Gewerbe	2 889	15 246	31	69	68	31	1 650
Energie- und Wasserversorgung	159	4 572	73	27	66	32	9 329
Baugewerbe	2 605	3 417	26	73	75	24	318
Handel; Instandh. u. Rep. von Kfz u. Gebrauchsgütern	6 711	15 659	28	71	71	28	648
Gastgewerbe	767	394	64	35	55	44	228
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	883	1 653	51	48	61	38	717
Kredit- und Versicherungsgewerbe	288	76 557	27	73	95	5	11 946
Grundst., Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen usw.	4 479	7 097	67	32	37	47	748
Erziehung und Unterricht	41	21	33	65	62	33	167
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	459	327	47	53	55	43	309
Erbringung sonst. öffentl. u. persönl. Dienstleistungen	808	1 240	56	44	56	36	546
<b>Insgesamt</b>	<b>20 375</b>	<b>126 707</b>	<b>32</b>	<b>68</b>	<b>83</b>	<b>16</b>	<b>970</b>

<sup>1</sup> Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993

Die wirtschaftliche Gliederung der Ergebnisse von 1993 folgt der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993. Die in der Tabelle aufgeführten 14 Abschnitte stellen die höchste Gliederungsebene dar. Insbesondere bei den Dienstleistungen zeigen sich die Unterschiede zur früheren Systematik. So wird jetzt das Grundstücks- und Wohnungswesen (zusammen mit den Autovermietern, den Unternehmen des Anlageleasings usw.) gesondert ausgewiesen. Diesem Abschnitt wurde bei der Einheitswertfeststellung 1993 mehr als jeder fünfte Betrieb zugeordnet, er kam aber beim Rohbetriebsvermögen aller bewerteten Betriebe nur auf einen Anteil von einem Zwanzigstel. Auffällig an den Ergebnissen für 1993 sind die geschil- derten Besonderheiten der Kreditinstitute.

**62 % der Bilanzsumme 1993 entfielen auf Personen- und Kapitalgesellschaften**

Auch nach der Rechtsform der gewerblichen Betriebe fallen die Relationen von Anlagevermögen und Eigenkapital zum Rohbetriebsvermögen und zur Bilanzsumme unterschiedlich aus.

Von den 1989 über 20 000 erfaßten gewerblichen Betrieben (ohne Kreditinstitute, Versicherungsvereine und Beteiligungsgesellschaften) mit einer Bilanzsumme von zusammen 48 Mrd. DM waren über 8 000, also etwa zwei Fünftel, natürliche Personen, auf die aber nur weniger als ein Zehntel der Bilanzsumme entfiel. Für diese Betriebe wurde das Anlage



Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe<sup>1</sup> 1983 und 1989 nach ihrer Rechtsform

Jahr	Betriebe	Bilanzsumme in Mill. DM	Aktiva				Passiva	
			Umlaufvermögen		Anlagevermögen		Fremdkapital (Schulden u. sonstige Abzüge)	Eigenkapital (Einheitswert u. Schachtelbeteiligungen)
			insgesamt	dar. Vorratsvermögen	insgesamt	dar. Maschi- nen u. ähnl. Anlagen		
			% der Bilanzsumme					
<b>Insgesamt</b>								
1983	22 331	27 740	55	22	45	19	64	36
1989	20 342	47 553	58	22	42	16	62	38
<b>davon: natürliche Personen</b>								
1983	11 992	4 643	54	25	46	9	55	45
1989	8 233	4 329	51	21	49	8	53	47
<b>nichtnatürliche Personen</b>								
1983	10 339	23 097	55	22	45	21	66	34
1989	12 109	43 223	59	23	41	17	63	37
<b>davon: Aktiengesellschaften</b>								
1983	24	2 920	34	9	66	54	63	37
1989	36	7 561	61	20	39	25	71	29
<b>GmbH</b>								
1983	5 404	6 786	71	29	29	9	71	29
1989	7 492	16 460	67	28	33	12	67	33
<b>Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften</b>								
1983	167	1 073	74	16	26	6	81	19
1989	100	1 408	67	20	33	8	81	19
<b>Personengesellschaften nach § 97 Abs. 1 Nr. 5 BewG</b>								
1983	4 517	10 640	55	25	45	15	62	38
1989	4 296	15 806	53	21	47	15	55	45
<b>Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts</b>								
1983	102	1 608	19	1	81	55	64	36
1989	115	1 895	19	1	81	60	57	43
<b>sonstige nichtnatürliche Personen</b>								
1983	125	71	32	3	68	18	49	51
1989	70	95	45	5	55	29	53	47

<sup>1</sup> ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften



**Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe 1993 nach ihrer Rechtsform**

Rechtsform	Zahl der Betriebe	Bilanzsumme in Mill. DM	Darunter				
			Anlagevermögen	Umlaufvermögen	Schulden und Abzüge zusammen	Einheitswert	
			% der Bilanzsumme				je Betrieb in 1 000 DM
Aktiengesellschaften <sup>1</sup>	44	21 577	13	87	88	11	53 318
GmbH	9 931	20 648	31	67	71	24	495
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	165	19 022	5	95	94	6	6 506
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit <sup>2</sup>	7	379	90	10	82	18	9 620
Personengesellschaften <sup>2</sup>	3 669	16 748	48	51	55	42	1 905
Kreditanstalten des öffentlichen Rechts	29	41 716	44	56	95	4	58 060
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	127	2 225	66	34	68	32	5 575
Sonstige nichtnatürliche Personen	55	313	7	93	83	17	975
Natürliche Personen	6 348	4 080	48	52	52	48	305
<b>Insgesamt</b>	<b>20 375</b>	<b>126 707</b>	<b>32</b>	<b>68</b>	<b>83</b>	<b>16</b>	<b>970</b>

<sup>1</sup> einschl. KGAA und Kolonialgesellschaften

<sup>2</sup> nach § 97 Abs. 1 Nr. 5 BewG

vermögen 1989 fast vollständig durch das Eigenkapital gedeckt; die Eigenkapitalquote lag mit 47 % um neun Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller bewerteten Betriebe. Bei den nichtnatürlichen Personen waren der Anteil des Anlagevermögens mit 41 % und die Eigenkapitalquote mit 37 % fast genau im Durchschnitt aller bewerteten Betriebe. Die geringe Abweichung zum Durchschnitt erklärt sich daraus, daß die nichtnatürlichen Personen 1989 zwar nur etwa 60 % der Betriebe, aber 91 % der Bilanzsumme auf sich vereinigten, die durchschnittliche Bilanzstruktur also sehr stark prägten.

Mehr als jede dritte nichtnatürliche Person war 1989 eine Personengesellschaft, also etwa eine Offene Handelsgesellschaft (OHG) oder eine Kommanditgesellschaft (KG). Zusammen kamen sie auf eine Bilanzsumme von 16 Mrd. DM. Die Eigenkapitalquote lag mit 45 % um immerhin sieben Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller bewerteten Betriebe. Während für die 7 492 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einer Bilanzsumme von 16 Mrd. DM der Anlagevermögenanteil und die Eigenkapitalquote jeweils 33 % betragen, d. h. das Anlagevermögen im Durchschnitt durch das Eigenkapital gedeckt war, ergaben sich für die Aktiengesellschaften sowie für die Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, also bei den besonders kapitalintensiven Körperschaften, größere Unterdeckungen des Anlagevermögens. Auch dies ergibt sich zwangsläufig, wenn man berücksichtigt, daß die Körperschaften einen großen Kapitalbedarf haben, der in erheblichem Umfang durch die Aufnahme von Fremdmit-

teln am Kapitalmarkt befriedigt wird, während dem Einzelunternehmer diese Finanzierungsart erschwert ist.

Es sei daran erinnert, daß das Verhältnis Anlagevermögen zu Eigenkapital günstiger ausfällt, wenn man die langfristigen Schulden als bedingtes Eigenkapital ansieht, weil dann ein größerer Teil des Anlagevermögens durch eigenkapitalähnliche Mittel abgedeckt ist. Darüber hinaus sind im Anlagevermögen die Betriebsgrundstücke unterbewertet, so daß ihr Anteil am Rohbetriebsvermögen ständig zurückgeht.

Die Ergebnisse der Einheitswertfeststellung 1993 werden wegen der bereits beschriebenen Anpassung der Bilanzgliederung an geltendes Handelsrecht als gesonderte Tabelle ausgewiesen, wobei für 1993 die Kreditinstitute mit einbezogen sind. Die Zahl der 1993 bewerteten Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen waren, ist gegenüber 1989 um fast 2 000 auf 6 348 gesunken. Diese Betriebe kamen auf Rohbetriebsvermögen von nur vier Mrd. DM, wobei aber ihr Einheitswert von im Mittel 305 000 DM eine Eigenkapitalquote von immerhin 48 % bedeutet.

Die mit Abstand häufigste Rechtsform ist die GmbH, in der fast jeder zweite aller bewerteten Betriebe geführt wird. Deren Rohbetriebsvermögen ist aber mit 21 Mrd. DM geringer als das der nur 44 Aktiengesellschaften und ohnehin deutlich geringer als das der Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, was im wesentlichen die Sparkassen sind.

*Leonhard Gawlik / Bernd Struck*



## **Volksentscheid zur Erhaltung des Buß- und Bettages in Schleswig-Holstein am 30. November 1997**

### **Änderung der Landesverfassung**

Am 30. November 1997 fand der erste Volksentscheid in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein statt. Er hatte zum Ziel, den zur Finanzierung der ersten Stufe der Pflegeversicherung im Jahre 1994 gestrichenen Buß- und Bettags als gesetzlichen Feiertag wieder einzuführen. Initiiert wurde der Volksentscheid durch die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche.

Da das schleswig-holsteinische Landesrecht bisher solche Elemente direkter Demokratie nicht vorsah, mußten dafür als erstes die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden. In seiner 13. Wahlperiode nahm der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Änderung der Landesverfassung vor und schuf mit Artikel 41 die Grundlage, daß Bürgerinnen und Bürger den Landtag im Rahmen seiner Entscheidungszuständigkeiten mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung befassen können. Eine solche Initiative aus dem Volk kann eine Vorlage oder aber ein mit Gründen versehener Gesetzentwurf sein, der den Grundsätzen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates nicht widersprechen darf. Sie muß auf jeden Fall durch die Unterschriften von mindestens 20 000 Stimmberechtigten unterstützt werden. Ist diese Unterstützung gegeben, hat sich der Landtag mit dem vorgebrachten Thema auseinander zu setzen.

Wenn der Landtag einer Vorlage oder einem Gesetzentwurf einer Volksinitiative innerhalb von vier Monaten nicht zustimmt, so sind die Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative nach Artikel 42 der Landesverfassung berechtigt, die Durchführung eines Volksbegehrens zu beantragen. Unter der Voraussetzung, daß das Begehren zulässig ist, worüber gegebenenfalls das Bundesverfassungsgericht entscheiden muß, kommt es zustande, wenn innerhalb einer Halbjahresfrist fünf von Hundert Stimmberechtigten mit ihrer Unterschrift dem Begehren zugestimmt haben. Ist ein Volksbegehren zustande gekommen, so ist innerhalb von neun Monaten ein Volksentscheid über den zugrundeliegenden Gesetzentwurf oder eine andere Vorlage herbeizuführen.

Ein Gesetzentwurf oder eine andere Vorlage ist durch Volksentscheid angenommen, wenn die Mehrheit derjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, jedoch mindestens ein Viertel der Abstimmungsberechtigten zugestimmt haben.

### **Volksabstimmungsgesetz und Landesverordnung**

Artikel 41 und 42 der Landesverfassung bestimmen jeweils, daß das Nähere zur Volksinitiative und zum Volksbegehren und -entscheid durch Gesetz geregelt wird. Für den ersten schleswig-holsteinischen Volksentscheid war maßgebend:

- das Gesetz über Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid (Volksabstimmungsgesetz - VAbstG) vom 11. Mai 1995 (GVOBl. Schl.-H. S. 158)

sowie weitere Rechtsvorschriften zur Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes in der

- Landesverordnung zur Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstGDVO) vom 08. Mai 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 461, berichtigt S. 581).

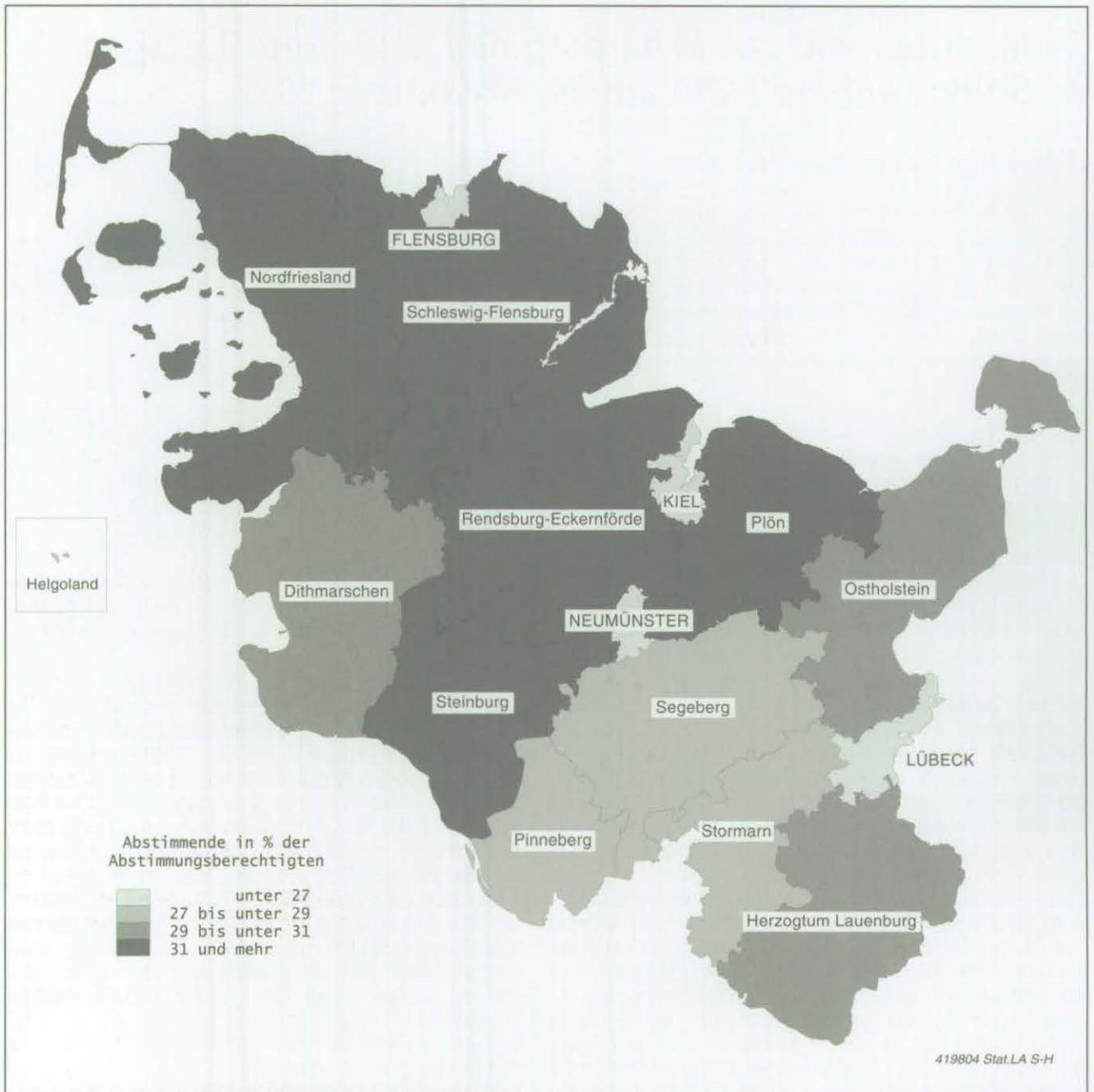
Die Modalität einer Volksabstimmung ist in wesentlichen Teilen an das Landtagswahlrecht angelehnt, so daß Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung in weiten Teilen mit einer Landtagswahl vergleichbar sind. Dies gilt allerdings nicht für die statistische Aufbereitung einer Volksabstimmung. § 54a Landtagswahlgesetz, der die statistische Auswertung und Veröffentlichung des Landtagswahlergebnisses sowie eine detaillierte Landesstatistik über die Wahlberechtigten durch das Statistische Landesamt regelt, findet bei einer Volksabstimmung keine Anwendung. Die statistische Auswertung der Volksabstimmung sowie die folgenden Ausführungen beschränken sich aus diesem Grunde auf die Darstellung nach kreisfreien Städten und Kreisen.

### **Volksinitiative der Nordelbischen Kirche**

Wie bereits erwähnt, war Ausgangspunkt des jetzt stattgefundenen Volksentscheids zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag eine Volksinitiative der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche im Dezember 1994. Die Initiative wurde seinerzeit durch die Unterschriften von 72 000 Stimmberechtigten unterstützt, so daß sich der Schleswig-Holsteinische Landtag mit der Thematik des Feiertages beschäftigen mußte. Im Ergebnis hielt er jedoch an der Streichung des Buß- und Bettages fest. Daraufhin beantragten die Vertrauenspersonen der



Abstimmungsbeteiligung in Schleswig-Holstein am 30.11.1997 nach kreisfreien Städten und Kreisen



Kirche, unterstützt durch Beschluß der Synode, die Durchführung eines Volksbegehrens, um damit den Weg zu einem Volksentscheid freizumachen. In der sechsmonatigen Frist zwischen August 1996 und Februar 1997 konnten die Initiatoren 136 800 Stimmberechtigte hinter sich bringen, gut 30 000 mehr als seinerzeit für das Zustandekommen des Volksbegehrens nötig gewesen waren.

Nachdem der Landtag im Mai 1997 das Zustandekommen des Volksbegehrens festgestellt hatte,

wurde der 30. November 1997 als Tag für den Volksentscheid vom Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags bestimmt. Zur Abstimmung stand folgende Vorlage der Initiatoren:

*„Ich fordere den Schleswig-Holsteinischen Landtag auf, das Feiertagsgesetz so zu ändern, daß der Buß- und Betttag wieder gesetzlicher Feiertag wird.“*

Über diese Forderung konnte mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt werden.



**Ergebnisse der Volksabstimmung in Schleswig-Holstein am 30.11.1997  
nach kreisfreien Städten und Kreisen**

KREISFREIE STADT Kreis	Abstimmungs- berechtigte	Ab- stimmende	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
FLensburg	65 949	15 413	34	15 379	10 351	5 028
KIEL	182 846	48 749	135	48 614	29 987	18 627
LÜBECK	166 729	44 627	210	44 417	33 243	11 174
NEUMÜNSTER	62 983	15 453	62	15 391	10 165	5 226
Dithmarschen	105 608	31 870	131	31 739	21 934	9 805
Herzogtum Lauenburg	134 293	40 923	175	40 748	29 196	11 552
Nordfriesland	124 363	39 107	172	38 935	25 814	13 121
Ostholstein	155 382	47 238	261	46 977	33 514	13 463
Pinneberg	216 929	62 259	232	62 027	44 749	17 278
Plön	97 838	31 561	154	31 407	20 010	11 397
Rendsburg-Eckernförde	204 597	64 533	314	64 219	41 100	23 119
Schleswig-Flensburg	146 620	48 189	211	47 978	31 298	16 680
Segeberg	185 428	50 678	179	50 499	35 234	15 265
Steinburg	103 957	34 230	200	34 030	22 687	11 343
Stormarn	166 602	47 494	151	47 343	33 569	13 774
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>2 120 124</b>	<b>622 324</b>	<b>2 621</b>	<b>619 703</b>	<b>422 851</b>	<b>196 852</b>

**Abstimmungsberechtigte**

Beim ersten schleswig-holsteinischen Volksentscheid waren 2 120 124 Männer und Frauen abstimmungsberechtigt. Im Vergleich zu den Wahlberechtigten bei der Landtagswahl 1996 liegt diese Zahl um 7 600 Personen oder 0,4 % höher, worin sich das anhaltende Bevölkerungswachstum des Landes vor allem auch durch zuwandernde Wahlberechtigte widerspiegelt. Regional verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Bei allen kreisfreien Städten gab es gegenüber 1996 weniger Abstimmungsberechtigte, wobei die Zahl in der Landeshauptstadt Kiel mit 4 800 (2,5 %) am stärksten zurückging. Alle Kreise verzeichneten dagegen mehr Abstimmungsberechtigte als 1996, an der Spitze der Kreis Rendsburg-Eckernförde mit einem Zugewinn von 2 700 Personen gefolgt vom Kreis Segeberg mit 2 500 mehr Personen. Relativ am größten war der Zuwachs mit jeweils 1,6 % in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Plön und mit je 0,4 % am geringsten in den Kreisen Pinneberg und Ostholstein.

**Abstimmende**

Am Volksentscheid beteiligten sich landesweit 622 324 abstimmungsberechtigte Frauen und Männer, dieses ist eine Beteiligung von 29,4 % aller Ab-

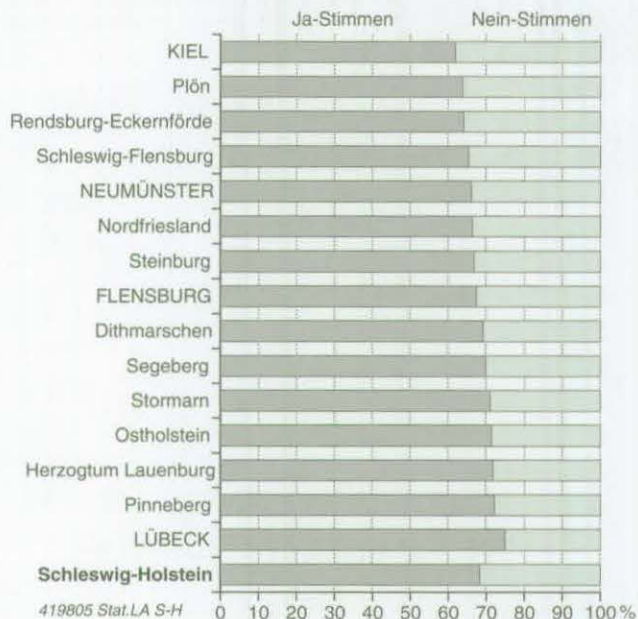
stimmungsberechtigten. Anders als bei Wahlen, bei denen eine Beteiligung vielfach als Bürgerpflicht angesehen wird, dürfte die Beteiligung an einem Volksentscheid sehr viel stärker von der persönlichen Betroffenheit vom Abstimmungsgegenstand sowie von der werbenden und überzeugenden Kraft der Initiatoren eines Entscheides abhängen. Weil es der erste Volksentscheid in Schleswig-Holstein war, fehlt leider ein Vergleich auf Landesebene. Es wäre ein hinkender, ihn bei den bisher im Lande stattgefundenen Wahlen zu suchen.

Wie auch von Wahlen her bekannt, war die Abstimmungsbeteiligung in den kreisfreien Städten geringer als in den Kreisen; die geringste meldeten Flensburg (23,4 %) und Neumünster (24,5 %). Am häufigsten wurden die Abstimmungsberechtigten in den Kreisen Steinburg (32,9 %) und Schleswig-Flensburg (32,9 %) mobilisiert. Die letzten Plätze unter den Kreisen nahmen Segeberg (27,3 %) und Stormarn (28,5 %) ein. Die Spannweite vom höchsten zum niedrigsten Ergebnis beträgt 9,6 Prozentpunkte, eine Größenordnung wie sie auch von Wahlen her bekannt ist.

49 850 Frauen und Männer, das sind 8,0 % aller Abstimmenden, machten von der Möglichkeit der Briefabstimmung Gebrauch. Im Vergleich dazu betrug der Briefwähleranteil bei der letzten Landtagswahl 1996 9,9 %. Der geringe Briefabstimmungsan-



**Anteile der Ja- und Nein-Stimmen in Schleswig-Holstein am 30.11.1997 nach kreisfreien Städten und Kreisen**

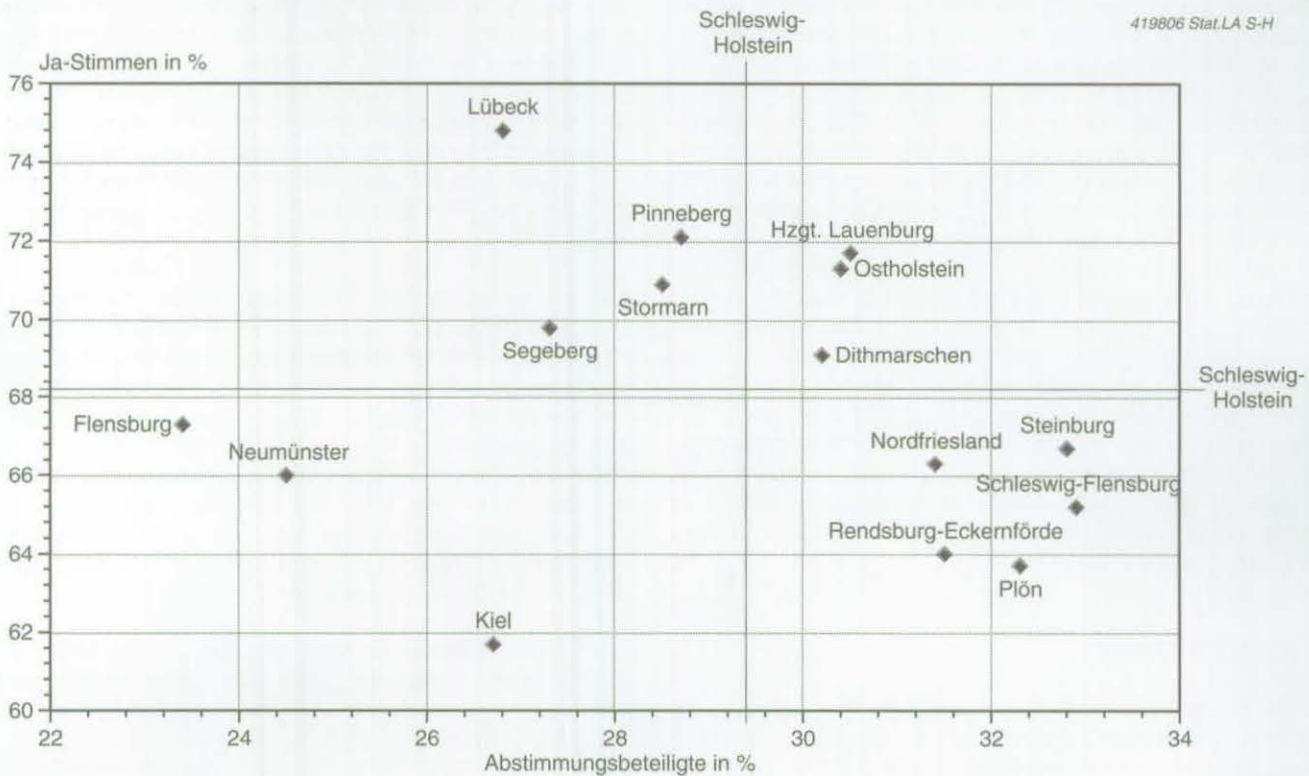


teil mag auf den günstigen Abstimmungstermin zurückzuführen sein, denn er lag außerhalb üblicher Urlaubs- und Reisezeiten. Sicher hatte der Volksentscheid für viele aber auch nicht die Bedeutung sonstiger Wahlen, so daß man in diesem Falle möglicherweise auf eine Teilnahme durch die etwas aufwendigere Briefwahl verzichtete. Die relativ wenigsten Briefabstimmenden gab es mit einem Anteil von 5,8 % im Kreis Schleswig-Flensburg, während die höchsten Anteile für die kreisfreien Städte Kiel (11,3 %) und Lübeck (11,0 %) festgestellt wurden.

**Verteilung der Stimmen**

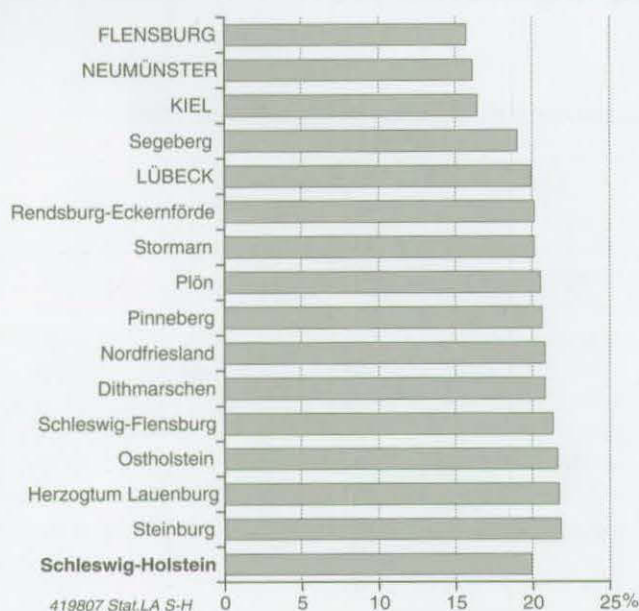
Von den 622 324 abgegebenen Stimmen waren 2 621 oder 0,4 % ungültig, in den kreisfreien Städten und Kreisen streute der Wert zwischen 0,2 und 0,6 %. Das sind im Vergleich zu Wahlen niedrige Anteile, was einerseits auf die sehr einfache Fragestellung zurückgeführt werden kann sowie darauf, daß bei einer Abstimmung über den Erhalt des Buß- und Bettages von weniger Proteststimmen ausgegangen werden kann, mit der Folge, daß weniger Stimmzettel bewußt ungültig gemacht wurden als bei Wahlen.

**Abstimmungsbeteiligung und Ja-Stimmen in Schleswig-Holstein am 30.11.1997 nach kreisfreien Städten und Kreisen**





**Ja-Stimmen der Abstimmungsberechtigten in Schleswig-Holstein am 30.11.1997 nach kreisfreien Städten und Kreisen**



619 703 Stimmen – das sind 99,6 % der abgegebenen Stimmen – waren gültig, die sich auf 422 851 Ja-Stimmen (68,2 %) und 196 852 Nein-Stimmen (31,8 %) verteilten. Mit Überraschung wurde in der Öffentlichkeit der relativ hohe Anteil an Nein-Stimmen aufgenommen, da man annahm, daß die Gegner einer Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag, sich erst gar nicht an der Abstimmung beteiligen würden.

Die größte Zustimmung zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag erhielt die Initiative in der kreisfreien Stadt Lübeck mit

74,8 % Ja-Stimmen der gültigen Stimmen, gefolgt von den Kreisen Pinneberg (72,1 %) und Herzogtum Lauenburg (71,7 %). Die geringste Zustimmung ergab sich mit 61,7 % Ja-Stimmen in der Landeshauptstadt Kiel, auf den nächsten Plätzen folgen die Kreise Plön (63,7 %) und Rendsburg-Eckernförde (64,0 %). Das Maß der Zustimmung und damit auch das der Ablehnung stehen dabei vermutlich in Zusammenhang mit der Abstimmungsbeteiligung. Die untere Grafik auf der vorherigen Seite zeigt, daß der Anteil der Ja-Stimmen in den kreisfreien Städten und Kreisen mit hoher Abstimmungsbeteiligung geringer ist als in den kreisfreien Städten und Kreisen mit niedriger Abstimmungsbeteiligung, oder umgekehrt, daß der Anteil der Nein-Stimmen bei größerer Abstimmungsbeteiligung höher ausgefallen ist als bei niedriger Beteiligung. Das läßt vermuten, daß es die Gegner der Initiative waren, die eine höhere Beteiligung hervorgerufen haben.

**Volksentscheid ohne Erfolg**

Die 422 851 abgegebenen Ja-Stimmen des Volksentscheids sind zwar die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, jedoch liegt ihr Anteil von 19,9 % an den Abstimmungsberechtigten unter dem von der Landesverfassung geforderten Quorum von einem Viertel der Abstimmungsberechtigten. Der erste schleswig-holsteinische Volksentscheid zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages ist also für die Initiatoren nicht erfolgreich gewesen. Es ist sogar festzuhalten, daß die Ja-Stimmen in keiner kreisfreien Stadt und in keinem Kreis das Viertel aller Abstimmungsberechtigten erreichten. Das beste Ergebnis wurde im Kreis Steinburg mit 21,8 % erzielt, gefolgt von den Kreisen Herzogtum Lauenburg (21,7 %) und Ostholstein (21,6 %). Die letzten Plätze in dieser Rangfolge nahmen die kreisfreien Städte Flensburg (15,7 %), Neumünster (16,1 %) und Kiel (16,4 %) ein.

Gerhard Winck



## 130 000 Teilnehmer an öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit

Im Jahre 1996 nahmen im Rahmen der Jugendhilfe gut 130 000 jugendliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer an über 4 600 Maßnahmen der Jugendarbeit teil, die ganz oder teilweise mit öffentlichen Mitteln gefördert worden waren. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahre 1992 ist die Anzahl der Maßnahmen um 11 % zurückgegangen, die Zahl der Teilnehmer erhöhte sich jedoch um 3 %. An 78 % der Maßnahmen beteiligten sich sowohl Mädchen als auch Jungen, an 10 % der Veranstaltungen nahmen nur Jungen, an 5 % ausschließlich Mädchen teil. In den restlichen Fällen lagen keine Angaben zum Geschlecht vor.

Von den 4 600 Maßnahmen wurden 4 200 (91 %) von freien und gut 430 (9 %) von öffentlichen Trägern veranstaltet. Besonders engagiert unter den freien Trägern sind die Jugendinitiativgruppen und -verbände, die 1996 3 000 Maßnahmen durchführten und an denen sich 77 000 Jugendliche beteiligten. Für 720 Maßnahmen mit knapp 18 000 Teilnehmern zeichneten Kirchen und Religionsgesellschaften verantwortlich. Die 140 Maßnahmen der Wohlfahrtsverbände meldeten eine Beteiligung von 5 400 Personen. An den 330 Veranstaltungen sonstiger Träger der freien Jugendhilfe beteiligten sich 10 700 Jugendliche. Das Angebot der öffentlichen Träger von 430 Maßnahmen nahmen 19 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wahr.

Schwerpunkt der Jugendarbeit war mit 64 % der Maßnahmen und 62 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Kinder- und Jugendberufshilfe. Hierunter fallen Maßnahmen wie Wandern, Fahrten, Lager und Freizeiten. Im Bereich der außerschulischen Jugendberufshilfe wurden 26 % der Maßnahmen und 28 % der Teilnehmer ermittelt. Der Bereich dieser Jugendarbeit umfaßt alle Maßnahmen zur allgemeinen, poli-

### Jugendarbeit in Schleswig-Holstein 1996

Art der Jugendarbeit	Maßnahmen		Teilnehmer	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Kinder- und Jugendberufshilfe	2 954	63,9	80 522	61,9
Außerschulische Jugendberufshilfe	1 203	26,0	35 812	27,5
Internationale Jugendarbeit	272	5,9	9 859	7,6
Mitarb.fortbildung freier Träger	193	4,2	3 848	3,0
<b>Insgesamt</b>	<b>4 622</b>	<b>100</b>	<b>130 041</b>	<b>100</b>

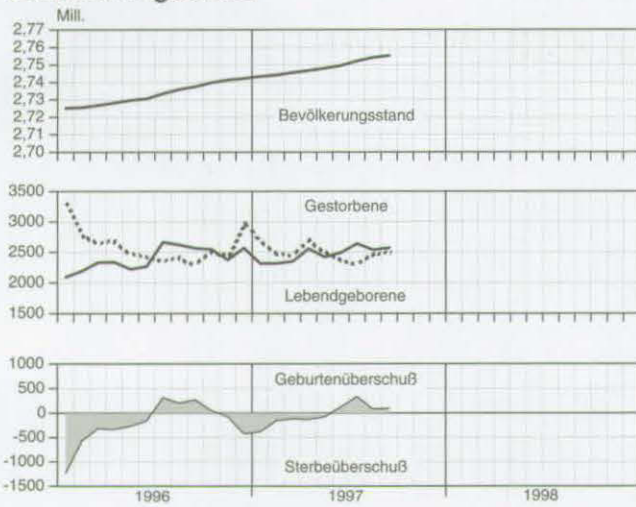
tischen, arbeitsweltbezogenen, musischen, kulturellen, sozialen sowie sportlichen Bildung. Im Rahmen der internationalen Jugendarbeit wurden 6 % der Maßnahmen durchgeführt, die von 8 % der Teilnehmer genutzt wurden. Zu der internationalen Jugendarbeit zählen alle Maßnahmen im In- und Ausland, an denen Deutsche und Ausländer teilnehmen, z. B. Jugendaustausch aufgrund von bilateralen Kulturabkommen oder Städtepartnerschaften. Maßnahmen, die überwiegend einem schulischen Zweck dienen, sind hierzu nicht einzubeziehen. Von den 270 Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit finden 71 % im Ausland und 29 % im Inland statt. Die ausländischen Teilnehmer kamen vor allem aus Dänemark (2 900 Teilnehmer), Polen (1 600) sowie Großbritannien und Nordirland zusammen (1 050). Vollständigkeitshalber sei noch erwähnt, daß von anerkannten Trägern der freien Jugendberufshilfe 4 % der Maßnahmen für die Fortbildung der Mitarbeiter angeboten wurden. Knapp 3 % aller Teilnehmer nutzten 1996 die Fortbildungsveranstaltungen.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

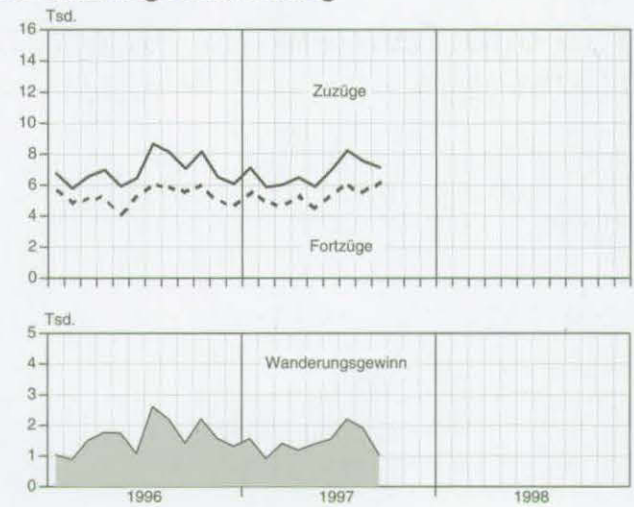


109801 Stat.LA S-H

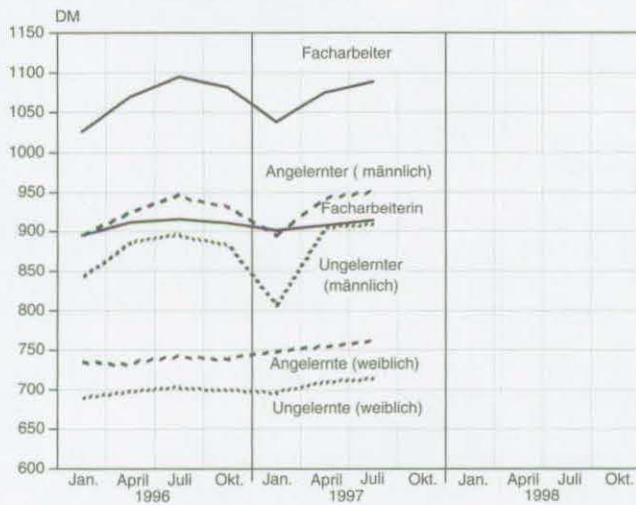
### Bevölkerungsstand



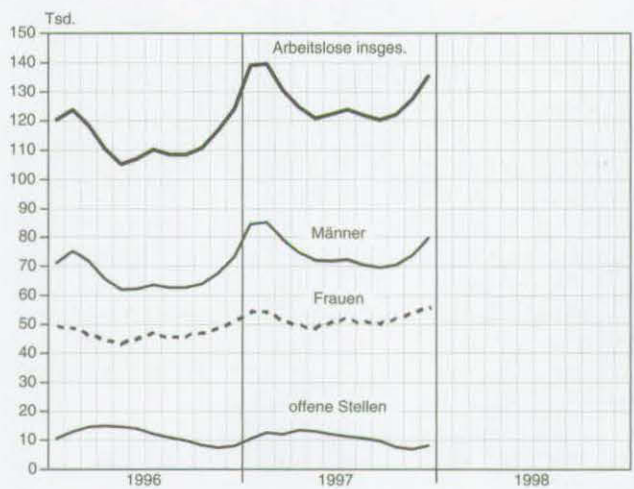
### Bevölkerungsveränderung



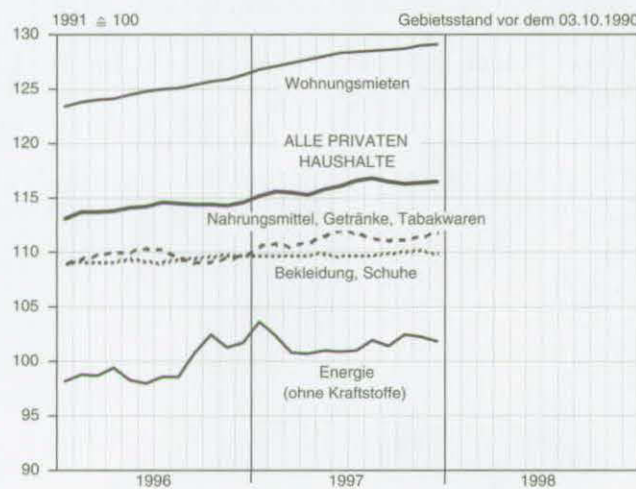
### Bruttowochenverdienste



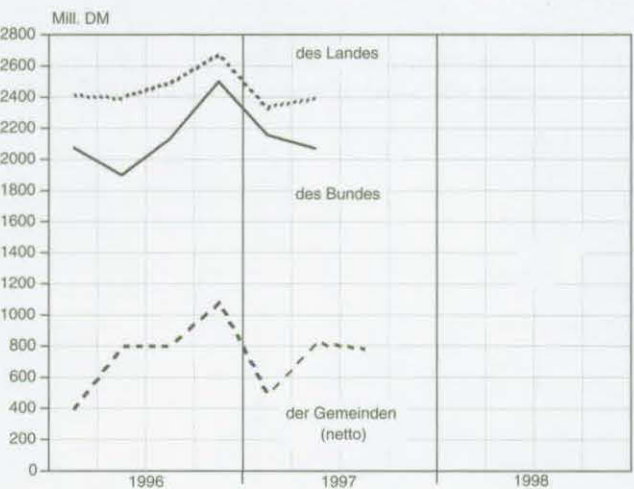
### Arbeitslose



### Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



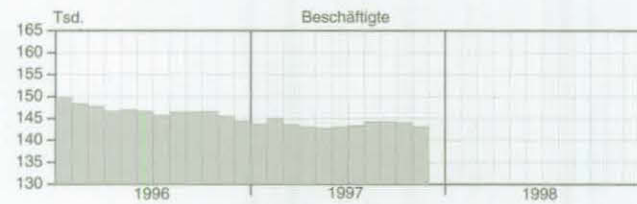
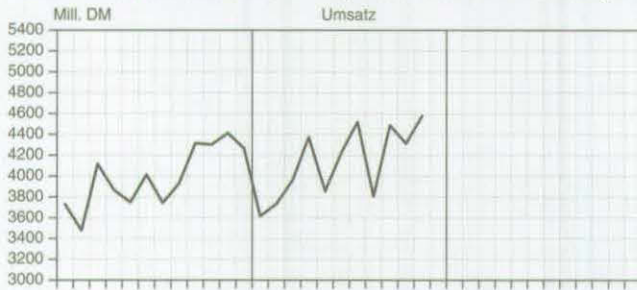
### Steuereinnahmen





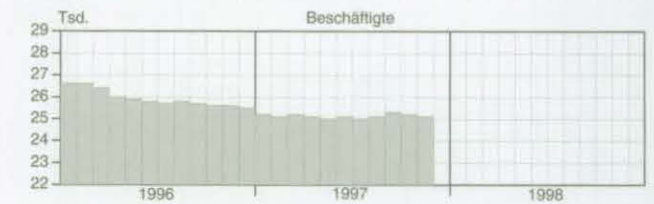
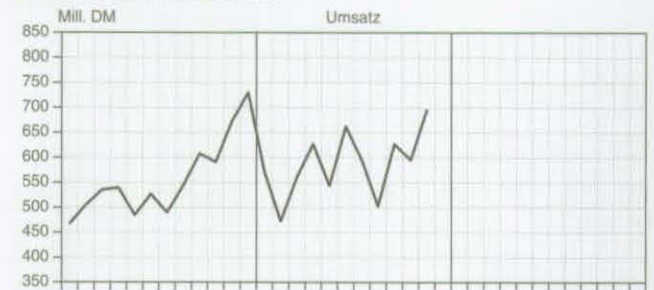
**Verarbeitendes Gewerbe**

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

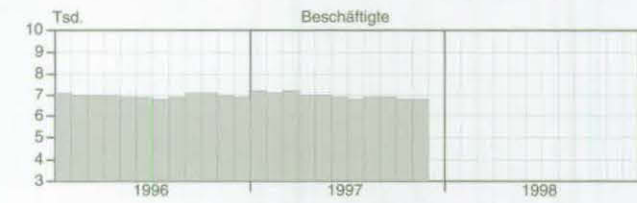
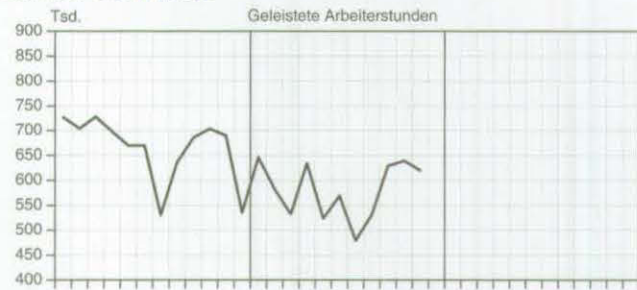


**darunter Maschinenbau**

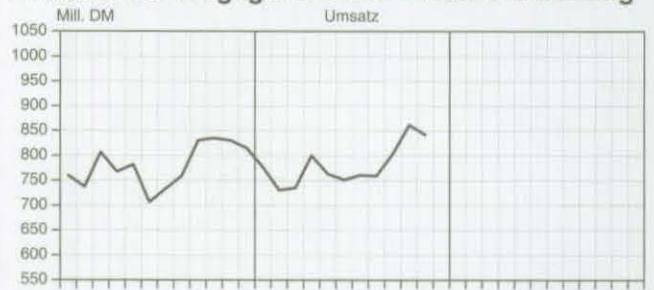
109802 Stat.LA S-H



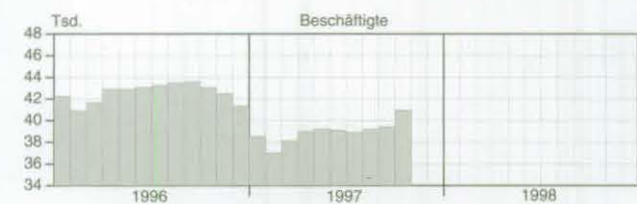
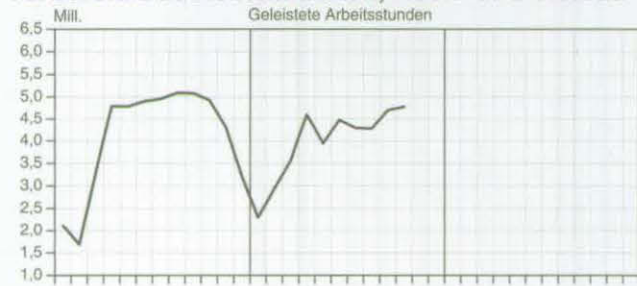
**darunter Schiffbau**



**darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung**



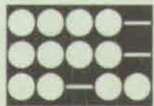
**Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau**



**Baugenehmigungen**







<i>Daten zur Konjunktur .....</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen .....</i>	<i>11</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>12</i>

## **Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein**



Daten zur Konjunktur  
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>Energiewirtschaft</b>		November 1997		Januar bis November 1997	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	2 898	+ 7,8	2 625	+ 10,8
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	143	- 1,6	143	- 2,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12	- 5,0	12	- 4,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	948	- 1,1	747	- 1,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 578	+ 5,1	4 105	+ 5,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 164	+ 4,2	2 895	- 0,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 414	+ 7,3	1 209	+ 19,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige					
aus dem Inland			- 1,7		- 4,5
aus dem Ausland			+ 5,4		+ 13,7
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>2</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	40	- 4,9	40	- 5,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	- 3,9	4	- 0,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	206	- 16,4	159	- 5,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	595	- 12,7	528	+ 0,2
Auftragseingang <sup>3</sup>	Mill. DM	235	+ 21,7	296	+ 1,0
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	1 361	+ 20,4	1 610	+ 10,0
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	385	- 19,5	455	- 5,4
<b>Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)</b>					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	102,9	- 3,0	100,8	- 0,0
<b>Gastgewerbe</b>					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	71,2	- 2,7	95,5	- 3,6
<b>Fremdenverkehr<sup>5</sup></b>					
Ankünfte	1 000	201	- 3,1	353	+ 2,5
Übernachtungen	1 000	682	- 12,1	1 834	- 3,6
<b>Arbeitsmarkt</b>					
Arbeitslose	Anzahl	127 446	+ 9,1	126 430	+ 12,5
Offene Stellen	Anzahl	6 865	- 7,9	11 130	- 6,3
Kurzarbeiter	Anzahl	4 389	+ 12,8	6 543	+ 11,4
<b>Insolvenzen</b>					
Anzahl		72	+ 56,5	79	+ 2,5

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II1/E III 1

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Daten zur Konjunktur  
Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1996	Dez. 1996	Jan. 1997	Febr. 1997	März 1997	April 1997	Mai 1997	Juni 1997	Juli 1997	August 1997	Sept. 1997	Okt. 1997	Nov. 1997
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>														
Beschäftigte	Land	- 4,3	- 4,5	- 3,7	- 3,2	- 2,7	- 2,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,7	- 1,9	- 1,2	- 1,6
	Bund	- 3,7	- 4,0	- 4,1	- 4,0	- 4,0	- 3,7	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,8	- 2,6	p- 2,3	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 6,1	- 3,3	- 2,8	- 5,5	- 8,0	+ 0,2	- 9,0	- 2,7	- 2,9	- 6,9	- 1,9	- 0,8	- 5,0
	Bund	- 5,8	- 5,4	- 6,3	- 7,5	- 8,9	+ 1,9	- 10,1	+ 2,1	+ 0,4	- 6,8	- 0,1	p- 1,0	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 0,7	- 4,0	- 3,4	- 2,1	- 0,9	- 3,4	- 1,7	- 2,4	- 0,3	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 1,1
	Bund	- 0,7	- 2,3	- 3,2	- 2,7	- 2,0	- 1,4	- 2,4	- 0,6	- 1,7	- 2,7	- 1,9	p- 1,0	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 3,8	- 2,9	+ 0,8	+ 6,4	- 2,5	+ 13,1	+ 2,9	+ 5,2	+ 20,4	- 1,6	+ 7,6	+ 1,5	+ 5,1
	Bund	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,2	- 1,5	+ 9,9	- 1,3	+ 12,1	+ 8,7	+ 3,4	+ 7,9	p+ 5,3	...
Inlandsumsatz	Land	- 4,0	- 6,6	- 4,0	+ 1,1	- 8,5	+ 5,7	- 1,5	+ 1,7	+ 6,5	- 4,3	+ 2,4	- 0,6	+ 4,2
	Bund	- 1,8	- 1,2	- 1,5	- 1,7	- 4,4	+ 7,2	- 4,2	+ 8,1	+ 5,5	- 0,7	+ 4,2	p+ 1,6	...
Auslandsumsatz	Land	- 3,3	+ 7,2	+ 16,0	+ 21,0	+ 17,0	+ 34,6	+ 16,2	+ 14,6	+ 63,9	+ 6,2	+ 22,0	+ 7,6	+ 7,3
	Bund	+ 5,0	+ 5,0	+ 8,7	+ 7,4	+ 5,0	+ 16,1	+ 5,2	+ 20,7	+ 15,9	+ 13,2	+ 16,1	p+ 13,5	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	- 6,1	+ 2,0	+ 10,9	+ 11,1	- 2,8	- 8,4	+ 5,5	- 11,8	+ 1,1	+ 9,1	+ 13,5	+ 17,5	+ 0,9
	Bund	- 0,2	- 1,2	+ 2,8	+ 2,3	- 2,2	+ 12,9	+ 0,0	+ 12,7	+ 7,0	+ 5,5	+ 13,4	+ 7,0	...
aus dem Inland	Land	- 8,9	- 4,2	- 17,0	- 5,9	- 6,5	- 12,7	- 4,2	- 26,9	- 5,2	+ 4,2	+ 12,6	+ 25,0	- 1,7
	Bund	- 3,3	- 3,9	- 2,8	- 0,9	- 5,5	+ 7,6	- 2,7	+ 5,3	+ 3,3	+ 0,6	+ 5,1	+ 3,2	...
aus dem Ausland	Land	- 0,2	+ 14,3	+ 2,1	+ 40,5	+ 4,1	- 0,5	+ 26,4	+ 23,8	+ 13,6	+ 19,7	+ 15,1	+ 5,2	+ 5,4
	Bund	+ 4,9	+ 3,0	+ 12,1	+ 7,2	+ 2,9	+ 21,2	+ 4,2	+ 24,8	+ 13,1	+ 15,5	+ 26,4	+ 12,8	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 3,4	-	-	- 1,4	-	-	+ 0,8	-	-	-	- 12,1	-	...
	Bund	- 4,3	-	-	- 2,3	-	-	+ 4,1	-	-	+ 3,6	-	-	...
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>2</sup></b>														
Beschäftigte	Land	- 6,1	- 6,0	- 8,8	- 9,5	- 4,4	- 5,0	- 4,5	- 5,6	- 6,0	- 5,8	- 5,5	- 4,9	- 4,9
	Bund	- 7,1	- 7,9	- 10,6	- 9,1	- 10,4	- 10,3	- 10,6	- 10,0	- 10,3	- 10,2	-	-	-
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 10,9	+ 17,1	+ 9,2	+ 74,4	+ 15,3	+ 1,6	- 12,9	- 4,7	- 8,8	- 11,2	- 2,4	- 3,0	- 3,9
	Bund	- 9,9	+ 3,2	- 18,2	+ 20,0	- 5,9	- 1,8	- 19,4	- 3,4	- 8,5	- 15,4	-	-	-
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 7,3	+ 9,3	- 4,9	+ 12,0	+ 17,1	- 6,7	- 6,9	- 3,6	- 7,5	- 10,1	- 4,3	- 5,1	- 16,4
	Bund	- 6,8	- 0,5	- 11,1	- 2,5	- 2,1	- 8,2	- 11,8	- 6,3	- 9,9	- 11,9	-	-	-
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 9,4	+ 9,1	- 2,8	+ 31,6	+ 31,1	+ 20,1	- 6,9	- 5,1	- 1,7	- 11,3	0,0	- 0,5	- 12,7
	Bund	- 4,9	- 1,4	- 5,2	+ 15,1	+ 5,3	+ 4,0	- 9,4	- 2,3	- 7,1	- 10,2	-	-	-
Auftragseingang <sup>3</sup>	Land	- 12,7	+ 26,8	- 11,8	+ 29,3	- 18,3	+ 3,3	+ 29,9	- 18,6	- 3,3	- 14,8	+ 20,9	+ 5,6	+ 21,7
	Bund	- 7,9	- 3,3	- 16,1	- 0,3	- 8,1	+ 3,5	- 5,7	- 1,7	- 8,0	- 11,3	-	-	-
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	- 10,7	- 21,5	- 13,1	+ 18,6	- 3,7	+ 40,7	- 4,5	- 10,4	+ 19,2	- 1,9	+ 35,9	+ 18,1	+ 20,4
	Bund	p- 14,6	- 25,4	- 14,2	- 13,2	- 17,0	+ 7,0	+ 4,4	- 12,8	- 6,8	- 3,3	-	-	-
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	- 7,0	+ 53,9	+ 18,1	+ 26,3	+ 11,5	- 37,9	- 21,2	- 9,0	+ 19,7	- 8,9	+ 29,6	- 25,1	- 19,5
	Bund	p- 2,8	- 1,4	+ 5,6	+ 12,0	- 3,2	- 9,1	- 2,1	- 1,5	- 9,5	+ 2,7	-	-	-
<b>Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)</b>														
Umsatz	Land	r+ 2,0	r- 0,7	r+ 2,5	r- 1,6	r- 2,1	r+ 2,8	r- 1,9	r+ 1,6	r+ 0,5	r- 2,2	r+ 2,1	r+ 1,4	- 3,0
	Bund	r+ 1,3	r- 1,3	r+ 3,0	r- 2,8	- 3,0	r+ 2,2	r- 3,0	r+ 3,6	r+ 1,3	- 4,6	r- 0,5	+ 0,1	-
<b>Gastgewerbe</b>														
Umsatz	Land	- 2,6	- 3,3	- 5,4	- 1,4	+ 3,9	- 10,4	- 3,0	- 7,9	r- 5,0	+ 0,6	r- 2,2	r- 4,6	- 2,7
	Bund	- 2,1	r- 2,6	r- 1,3	r- 3,5	r- 2,3	r- 3,5	r- 1,3	r- 1,0	r- 1,6	r- 1,2	r+ 1,1	- 2,0	-
<b>Fremdenverkehr<sup>5</sup></b>														
Ankünfte	Land	- 0,9	- 4,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 10,9	- 6,9	p+ 6,6	p- 5,5	p+ 1,9	p+ 6,7	p+ 3,2	p+ 7,8	p- 3,1
	Bund	-	- 0,9	+ 3,1	- 1,2	- 1,2	+ 4,1	+ 0,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,1	-	-
Übernachtungen	Land	- 1,8	- 7,9	- 10,5	- 14,5	+ 11,6	- 15,6	p- 2,7	p- 10,0	p- 6,6	p+ 4,8	p+ 0,9	p- 1,3	p- 12,1
	Bund	-	- 5,6	- 7,6	- 11,1	- 5,0	- 9,6	- 5,0	- 4,9	- 7,2	- 0,4	- 2,7	-	-
<b>Arbeitsmarkt</b>														
Arbeitslose	Land	+ 10,7	+ 13,1	+ 15,5	+ 12,9	+ 10,3	+ 12,8	+ 14,7	+ 14,0	+ 12,4	+ 12,3	+ 10,9	+ 10,3	+ 9,1
	Bund	+ 9,0	+ 10,6	+ 12,6	+ 10,0	+ 9,0	+ 9,5	+ 10,3	+ 9,7	+ 8,1	+ 7,7	+ 6,7	+ 5,5	+ 4,1
Offene Stellen	Land	- 3,5	- 3,6	- 0,7	- 2,6	- 4,6	- 9,6	- 10,5	- 13,9	- 7,2	- 2,5	- 0,8	- 7,4	- 7,9
	Bund	+ 1,5	+ 5,1	+ 0,3	+ 4,6	+ 3,7	+ 1,2	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 7,3	+ 6,2	+ 6,3	+ 10,0
Kurzarbeiter	Land	+ 90,1	- 9,1	+ 17,3	- 8,9	- 20,1	+ 6,4	+ 62,3	+ 69,6	+ 39,1	+ 28,2	+ 10,6	+ 15,7	+ 12,8
	Bund	+ 61,1	- 5,2	- 5,6	- 12,3	- 28,5	- 39,4	- 42,0	- 44,0	- 48,9	- 46,6	- 49,7	- 53,8	- 46,6
<b>Insolvenzen</b>														
Anzahl	Land	+ 9,8	+ 27,9	+ 14,8	+ 10,4	+ 11,6	- 24,2	- 7,1	+ 27,4	- 6,9	+ 16,9	- 28,2	- 8,0	+ 56,5
	Bund	+ 9,3	+ 5,8	+ 5,9	+ 7,2	- 0,1	- 0,3	+ 6,2	+ 26,2	- 1,8	+ 9,6	+ 2,1	-	-

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 01/1998



Jahreszahlen  
Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1</sup>				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
	1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner				1 000	1 000				
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt <sup>2</sup>					
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991			
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluss	Haupt- schul- abschluss	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund <sup>3</sup> = 100
	1 000													
1992	135	11	48	61	8	10	36	31	24	96 874	+ 6,4	92 936	+ 2,1	92
1993	138	11	49	61	10	10	36	32	23	100 160	+ 3,4	93 066	+ 0,1	93
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	104 472	+ 4,3	95 034	+ 2,1	92
1995	150	11	50	62	12	10	36	31	23	108 827	+ 4,2	96 993	+ 2,1	93
1996	155	12	52	62	13	10	36	31	23	110 695	+ 1,7	97 945	+ 1,0	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen <sup>6</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>5</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>4</sup>									
	1 000										
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424 <sup>a</sup>	431 <sup>a</sup>	1 378 <sup>a</sup>	3 129 <sup>a</sup>	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 <sup>a</sup>	421 <sup>a</sup>	1 269 <sup>a</sup>		318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	p 1 396	p 422	p 1 292	2 687	378	1 309	2 404	p 5 702	2 251	193	717

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>7</sup>										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom <sup>9</sup>
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE <sup>8</sup>				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
								1 000 t		Mill. kwh		
1995	153	97	157	4 856	4 321	r 48 979	r 12 777	162	887	5 174	3 374	r 46
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 670	12 359	174	908	5 110	3 909	43

<sup>1</sup> Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

<sup>2</sup> ab 1993 vorläufiges Ergebnis

<sup>3</sup> Gebietsstand vor dem 03.10.1990

<sup>4</sup> ohne Ammen- und Mutterkühe

<sup>5</sup> ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

<sup>6</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

<sup>7</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93)

<sup>8</sup> ohne Eigenenerzeugung

<sup>9</sup> 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29.308 MJ

<sup>a</sup> repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>1</sup>	fertigestellte Wohnungen <sup>1</sup>		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
	1 000			Mill. DM				1 000			
1992	15	12	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	r 22	1 230	p 13 629	p 7 010	p 821	p 11 912	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	...	p 14 193	p 7 619	p 885	p 12 374	3 959	309	21 597	654

Jahr	Kfz-Bestand <sup>3</sup> am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen <sup>5</sup> am 31.12.	Sozialhilfe <sup>6</sup>			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw <sup>4</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
	1 000							Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	r 15 592	r 268	r 20 652	26 765	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 238,1	873,5	112,3	121,9

Jahr	Steuern								Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes		der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>8</sup>	
	des Bundes	des Landes <sup>7</sup>	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer			insgesamt	Kreditmarktmittel		
	Mill. DM												
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331	
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577	
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716	
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859	
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026	

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet <sup>9</sup>				Löhne und Gehälter <sup>11</sup>							
	Erzeugerpreise <sup>10</sup>		für Wohngebäude 1991 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1991 = 100	Industriearbeiter <sup>12</sup>		Angestellte in Industrie <sup>12</sup> und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte 1991 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100			Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt <sup>13</sup>		
			insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
					Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer			
DM												
1992	101,4	91,9	105,7	104,0	103,3	899	640	4 808	3 330	5 453	4 284	3 200
1993	101,4	84,7	110,5	107,7	105,4	930	665	5 071	3 533	5 724	4 411	3 294
1994	102,0	86,5	112,8	110,6	107,1	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	103,7	87,1	115,4	112,5	108,6	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	103,1	...	115,3	114,1	109,6	1 022 <sup>a</sup>	734 <sup>a</sup>	5 419 <sup>a</sup>	3 870 <sup>a</sup>	6 254 <sup>a</sup>	4 769	3 594

<sup>1</sup> Errichtung neuer Gebäude

<sup>2</sup> nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

<sup>3</sup> Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr, ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

<sup>4</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

<sup>5</sup> ohne Postspareinlagen

<sup>6</sup> Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

<sup>7</sup> einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

<sup>8</sup> einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

<sup>9</sup> Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

<sup>10</sup> ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

<sup>11</sup> Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

<sup>12</sup> einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

<sup>13</sup> Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind inklusive Kindergeld, ohne Stellenzulage

<sup>a</sup> Mit der Zuordnung der Betriebsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)



# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 717	...	p 2 737	p 2 740	p 2 741	p 2 754	...	...	...
<b>Netürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 473	...	p 1 849	p 1 334	p 921	p 2 724	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,5	...	p 8,2	p 5,7	p 4,1	p 11,7	...	...	...
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 286	...	p 2 562	p 2 545	p 2 372	p 2 536	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,1	...	p 11,4	p 10,9	p 10,5	p 10,8	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 607	...	p 2 291	p 2 495	p 2 443	p 2 452	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 11,5	...	p 10,2	p 10,7	p 10,8	p 10,5	...	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 11	...	p 14	p 14	p 15	p 14	...	...	...
	je 1 000 Lebendgeborene	p 4,8	...	p 5,5	p 5,5	p 6,3	p 5,5	...	...	...
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p- 321	...	p+ 271	p+ 50	p- 71	p 84	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p- 1,4	...	p+ 1,2	p+ 0,2	p- 0,3	p 0,4	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 567	6 921	7 066	8 154	6 512	7 542	...	...	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 890	1 677	1 764	1 844	1 633	1 728	...	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	7 823	5 306	5 642	5 942	4 938	5 618	...	...	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 236	1 110	1 078	1 265	1 115	1 143	...	...	...
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 744	+ 1 615	+ 1 424	+ 2 212	+ 1 574	+ 1 924	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>1</sup>	Anzahl	11 102	10 945	10 652	11 492	10 986	11 404	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	28 491	23 172	23 360	25 588	22 436	24 564	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	102	113	108	111	117	122	120	122	127
darunter Männer	1 000	59	66	63	64	68	70	70	70	74
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,1	5,8	2,8	2,9	3,9	3,9	3,1	3,4	4,4
darunter Männer	1 000	2,5	5,0	2,2	2,3	3,1	2,9	2,2	2,3	3,3
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	12,0	11,5	9,9	8,2	7,5	10,6	9,8	7,6	6,9
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
<b>Viehbestand</b>										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 398 <sup>a</sup>	1 397 <sup>a</sup>	-	-	-	-	-	-	-
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	421 <sup>a</sup>	422 <sup>a</sup>	-	-	-	-	-	-	-
Schweine	1 000	1 269 <sup>a</sup>	1 293 <sup>a</sup>	-	-	-	1 320	-	-	-
darunter Zuchtsauen	1 000	118 <sup>a</sup>	119 <sup>a</sup>	-	-	-	120	-	-	-
darunter trächtig	1 000	83 <sup>a</sup>	83 <sup>a</sup>	-	-	-	84	-	-	-
<b>Schlachtungen</b>										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	26	31	39	45	44	35	42	49	42
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	121	109	102	115	113	104	110	118	114
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	1	1	1
<b>* Schlachtmenge<sup>2</sup> aus gewerblichen Schlachtungen</b>										
(ohne Geflügel)	1 000 t	19,5	19,8	21,8	24,4	23,4	20,2	22,8	25,9	23,0
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,1	9,6	12,2	13,5	12,8	10,4	12,5	14,7	12,3
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	1,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	11,0	9,9	9,2	10,5	10,3	9,4	10,0	10,8	10,3
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder (ohne Kälber)	kg	311	307	314	307	297	300	302	302	297
Kälber	kg	130	136	140	138	136	134	136	136	136
Schweine	kg	91	91	91	92	92	90	90	92	92
<b>Geflügel</b>										
Konsumeier <sup>3</sup>	1 000	28 793	29 010	24 589	30 691	31 261	28 212	29 313	26 909	28 075
* Geflügelfleisch <sup>4</sup>	1 000 kg	59	61	-	-	-	-	-	-	-
<b>* Milcherzeugung</b>										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	95	95	96	95	95	96	...
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	15,6	15,3	15,1	15,0	14,5	14,5	14,5	...

<sup>1</sup> ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

<sup>2</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

<sup>3</sup> in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

<sup>4</sup> aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

<sup>a</sup> Dezember

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
<b>PRODUZIERENDES GEWERBE</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	153	147	r 147	146	146	144	144	145	143
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	97	92	92	92	91	90	90	90	89
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	13 118	12 320	r 12 636	r 12 841	r 12 730	11 509	12 393	12 740	12 090
* Lohnsumme	Mill. DM	404,7	397,2	r 374,9	r 387,1	r 497,3	370,5	371,8	380,6	483,5
* Gehaltssumme	Mill. DM	360,1	361,8	r 332,8	r 337,0	r 461,5	344,7	345,1	344,8	464,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 082	r 3 926	r 4 169	r 4 253	r 4 412	3 805	4 485	4 318	4 578
* Inlandsumsatz	Mill. DM	3 016	r 2 896	r 3 066	r 3 141	r 3 093	2 761	3 141	3 122	3 164
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 066	1 030	r 1 102	r 1 112	r 1 319	1 044	1 344	1 196	1 414
Kohleverbrauch	1 000 t	14	15	.	.	.	.	.	.	.
Gasverbrauch	Mill. kWh	431	426	.	.	.	.	.	.	.
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Heizölverbrauch	1 000 t	74	76	.	.	.	.	.	.	.
leichtes Heizöl	1 000 t	6	7	.	.	.	.	.	.	.
schweres Heizöl	1 000 t	68	68	.	.	.	.	.	.	.
Stromverbrauch	Mill. kWh	315	326	325	335	335	332	297	342	338
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	34	37	40	34	33	45	50
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 331	2 423	r 1 343	r 1 959	r 2 687	2 352	1 852	2 276	2 898
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 030	1 041	962	r 1 048	1 086	1 016	981	1 121	1 153
Gaserzeugung (netto)	1 000 m <sup>3</sup>	2 607	...	.	.	.	.	.	.	.
<b>Handwerk (Meßzahlen)<sup>3</sup></b>										
				<b>3. Vj. 97</b>			<b>3. Vj. 97</b>			
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	114,4	...	...	-	-	-	...	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	241,0	...	...	-	-	-	...	-	-
<b>Baugewerbe<sup>4</sup></b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>5</sup></b>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	45 330	42 566	43 593	43 046	42 500	r 40 992	41 178	40 930	40 411
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 595	4 093	5 077	4 925	4 315	r 4 516	4 957	4 776	4 146
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 247	2 006	2 533	2 434	2 081	r 2 286	2 466	2 354	2 023
* gewerbliche und industrielle Bauten <sup>6</sup>	1 000	1 145	942	1 075	1 076	1 053	917	1 069	1 022	930
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 159	1 098	1 397	1 364	1 147	r 1 241	1 344	1 337	1 144
* Lohnsumme	Mill. DM	146,4	133,5	139,7	146,5	193,5	r 128,4	133,1	135,3	162,1
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,4	33,3	30,9	30,9	53,1	r 31,9	30,0	33,1	44,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	597,6	541,5	667,3	669,6	682,1	r 582,3	667,2	666,2	595,2
Auftragseingang <sup>7</sup>	Mill. DM	334,1	291,5	325,4	278,2	193,2	305,6	393,5	293,7	235,1
<b>Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe<sup>7</sup></b>										
* Beschäftigte <sup>8</sup>	Anzahl	.	12 296	12 568	-	-	-	12 895	-	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	1 357	4 243	-	-	-	4 385	-	-
* Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	.	48,1	145,2	-	-	-	145,6	-	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	145,0	461,5	-	-	-	444,0	-	-

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach neuer Wirtschaftszweigabgrenzung (einschl. Recycling und Verlagsgewerbe); für davorliegende Zeiträume wird eine Rückrechnung nach neuer Abgrenzung vorgenommen, allerdings liegen für die Bereiche Recycling und Verlagsgewerbe keine Daten vor, so daß die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

<sup>2</sup> ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

<sup>3</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe

<sup>4</sup> ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

<sup>5</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

<sup>6</sup> einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

<sup>7</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>8</sup> am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

<sup>9</sup> Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.



		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	683	729	787	788	611	778	1 119	965	674
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	494	561	614	627	458	626	942	787	533
2 Wohnungen	Anzahl	94	92	102	85	87	82	89	96	77
* Rauminhalt	1 000 m³	730	694	658	738	537	779	898	862	639
* Wohnfläche	1 000 m²	138	132	129	136	103	148	178	164	124
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	105	111	118	115	106	129	115	89
* Rauminhalt	1 000 m³	515	479	399	529	478	555	517	396	385
* Nutzfläche	1 000 m²	84	79	65	90	82	86	89	71	62
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 879	1 641	1 501	1 631	1 336	1 718	1 998	1 893	1 514
<b>HANDEL UND GASTGEWERBE</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 166,9	p 1 182	1 261,0	1 372,5	1 214,6	1 292,2	1 471,7	...	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	145,7	p 151,6	138,9	161,6	169,9	144,2	141,4	...	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 021,1	p 1 031,2	1 122,2	1 210,9	1 044,7	1 147,9	1 330,4	...	...
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	25,0	p 24,2	30,7	25,9	21,5	21,7	17,9	...	...
* Halbwaren	Mill. DM	64,9	p 66,3	53,9	93,1	77,8	65,9	86,3	...	...
* Fertigwaren	Mill. DM	931,3	p 940,7	1 037,6	1 091,9	945,3	1 060,3	1 226,2	...	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	134,2	p 147,8	135,8	187,3	150,5	178,5	192,8	...	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	797,0	p 793,0	901,7	904,6	794,8	881,8	1 033,4	...	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	615,3	p 634,9	621,7	689,3	628,3	624,9	693,2	...	...
darunter Niederlande	Mill. DM	97,8	p 92,3	78,6	104,9	74,9	94,2	92,5	...	...
Italien	Mill. DM	65,9	p 61,7	67,5	98,5	81,7	76,2	103,6	...	...
Frankreich	Mill. DM	91,4	p 80,9	72,2	93,2	72,7	98,2	114,6	...	...
Dänemark	Mill. DM	74,6	p 78,3	65,8	77,6	73,3	79,9	92,9	...	...
* Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	100,0	102,0	96,9	104,0	106,1	99,2	98,9	105,5	102,9
* Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	100,0	97,4	108,0	95,9	73,1	138,1	105,6	91,5	71,2
<b>Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten</b>										
* Ankünfte	1 000	333	330	422	351	207	p 560	p 436	p 378	p 201
* darunter von Auslandsgästen	1 000	25	26	28	26	22	p 37	p 31	p 30	p 25
* Übernachtungen	1 000	1 832	1 800	2 308	1 759	776	p 3 714	p 2 330	p 1 736	p 682
* darunter von Auslandsgästen	1 000	55	55	57	57	48	p 75	p 62	p 64	p 51
<b>VERKEHR</b>										
<b>Seeschifffahrt<sup>1</sup></b>										
* Gütereingang	1 000 t	1 905	...	2 139	2 196	2 093	2 010	...	...	...
* Güterversand	1 000 t	1 086	...	1 258	1 340	1 293	1 055	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Gütereingang	1 000 t	179	151	153	182	148	170	157	151	...
* Güterversand	1 000 t	207	185	227	224	163	212	158	155	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>2</sup>	Anzahl	10 204	10 860	9 150	10 707	10 011	9 218	9 775	11 078	...
darunter Kraftträder	Anzahl	576	745	502	359	226	800	537	300	...
* Personenkraftwagen <sup>3</sup>	Anzahl	8 783	9 289	7 937	9 489	9 039	7 583	8 450	9 858	...
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	593	568	524	651	536	562	538	714	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 299	1 192	1 457	1 290	1 271	1 643	r 1 347	p 1 178	p 1 026
* Getötete Personen	Anzahl	22	22	25	24	28	35	r 22	p 29	p 21
* Verletzte Personen	Anzahl	1 721	1 567	1 877	1 678	1 679	2 148	r 1 733	p 1 576	p 1 308

<sup>1</sup> ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

<sup>2</sup> mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

<sup>3</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
<b>GELD UND KREDIT</b>										
<b>Insolvenzen</b>										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	73	80	78	87	46	83	56	80	72
* Unternehmen	Anzahl	59	66	64	72	35	64	47	60	59
* übrige Gemeinschaftsdarlehner	Anzahl	14	14	14	15	11	19	9	20	13
* Beantragte Konkurse	Anzahl	73	80	78	86	46	83	56	80	72
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	50	55	64	56	32	53	39	54	46
<b>Kredite und Einlagen<sup>1</sup></b>										
		<b>4-Monats-durchschnitt<sup>3</sup></b>								
Kredite <sup>2</sup> an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	124 831	134 465	135 134	-	-	-	146 235	-	-
darunter										
Kredite <sup>2</sup> an inländische Nichtbanken	Mill. DM	122 658	131 358	132 072	-	-	-	141 980	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 735	16 099	16 409	-	-	-	17 147	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 439	15 505	15 786	-	-	-	16 823	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	296	594	623	-	-	-	324	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 424	7 889	7 894	-	-	-	7 517	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 534	6 186	6 190	-	-	-	6 404	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 890	1 702	1 704	-	-	-	1 113	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	100 500	107 371	107 769	-	-	-	117 316	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	74 630	80 446	80 488	-	-	-	88 282	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	25 869	26 926	27 281	-	-	-	29 034	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>2</sup> von Nichtbanken	Mill. DM	81 741	88 381	88 061	-	-	-	93 858	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	55 226	58 899	58 720	-	-	-	61 841	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	49 262	52 919	52 813	-	-	-	55 881	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 965	5 980	5 907	-	-	-	5 960	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	25 376	28 466	28 340	-	-	-	30 026	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 001	28 038	27 921	-	-	-	29 573	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	376	429	419	-	-	-	453	-	-
<b>STEUERN</b>										
<b>Steueraufkommen nach der Steuerart</b>		<b>Vierteljahres-durchschnitt</b>			<b>3. Vj. 96</b>		<b>3. Vj. 97</b>			
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 277	4 097	4 143	-	-	-	...	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	2 002	1 955	1 885	-	-	-	1 889	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	280	201	163	-	-	-	75	-	-
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	78	70	113	-	-	-	125	-	-
Zinsabschlag	Mill. DM	53	52	32	-	-	-	30	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	272	255	243	-	-	-	264	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 404	1 382	1 524	-	-	-	1 413	-	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	120	106	106	-	-	-	...	-	-
Bundessteuern	Mill. DM	253	281	228	-	-	-	...	-	-
Versicherungsteuer	Mill. DM	46	46	28	-	-	-	...	-	-
Landessteuern	Mill. DM	295	312	304	-	-	-	283	-	-
Vermögensteuer	Mill. DM	57	64	64	-	-	-	16	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	55	58	64	-	-	-	100	-	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	125	123	-	-	-	111	-	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	424	450	505	-	-	-	509	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	9	-	-	-	9	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	101	107	129	-	-	-	134	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	295	316	347	-	-	-	345	-	-
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft</b>										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 291	2 152	2 133	-	-	-	...	-	-
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 038	1 871	1 905	-	-	-	...	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	851	831	801	-	-	-	803	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	119	86	69	-	-	-	32	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	127	122	-	-	-	132	-	-
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	854	751	823	-	-	-	...	-	-
Steuereinnahmen des Landes <sup>4</sup>	Mill. DM	2 461	2 495	2 492	-	-	-	2 388	-	-
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 117	2 070	2 126	-	-	-	2 048	-	-
Lohnsteuer und Lohnsteuererlegung	Mill. DM	1 045	936	905	-	-	-	895	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	115	81	60	-	-	-	22	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	125	116	98	-	-	-	111	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	610	687	808	-	-	-	744	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	776	847	875	-	-	-	859	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>5</sup>	Mill. DM	229	242	270	-	-	-	269	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	417	397	r. 344	-	-	-	325	-	-

<sup>1</sup> Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank; ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

<sup>2</sup> einschließlich durchlaufender Kredite <sup>3</sup> Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

<sup>4</sup> einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen <sup>5</sup> nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.



	1995	1996	1996			1997			
	Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
<b>PREISE</b>									
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100</b>									
Einfuhrpreise <sup>2</sup>	97,3	97,8	97,6	98,2	98,2	102,1	101,6	101,5	...
Ausfuhrpreise <sup>2</sup>	103,3	103,5	103,3	103,5	103,4	105,7	105,6	105,6	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes <sup>2</sup>	101,1	98,8	98,5	98,8	98,7	101,5	101,3	...	...
<b>Erzeugerpreise</b>									
gewerblicher Produkte <sup>2</sup>	104,0	103,5	103,6	103,8	103,8	105,0	105,1	105,0	...
landwirtschaftlicher Produkte <sup>2</sup>	91,6	91,1	91,3	89,1	87,7	92,3	...	...	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude <sup>1</sup>	115,4	115,3	-	-	115,0	114,9	-	-	-
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>2</sup>	103,1	105,6	106,0	105,6	105,1	108,0	107,1	106,4	...
Einzelhandelspreise	106,7	107,6	107,5	107,7	107,6	108,3	108,2	108,3	108,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte <sup>1</sup>	112,5	114,1	114,4	114,4	114,3	116,8	116,5	116,3	116,4
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>1</sup>	108,6	109,6	109,1	109,0	109,4	111,3	111,2	111,1	111,4
Bekleidung, Schuhe <sup>1</sup>	108,4	109,3	109,4	109,5	109,7	109,7	109,8	110,0	110,1
Wohnungsmieten <sup>1</sup>	121,3	124,8	125,4	125,7	125,9	128,5	128,6	128,7	129,0
Energie (ohne Kraftstoffe) <sup>1</sup>	101,4	99,6	100,8	102,4	101,3	101,9	101,4	102,4	102,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung <sup>1</sup>	109,9	110,1	111,0	111,1	111,2	111,7	111,7	111,7	111,9
<b>LÖHNE UND GEHÄLTER<sup>3</sup></b>									
- Effektivverdienste in DM -									
<b>Arbeiter im Produzierenden Gewerbe<sup>4</sup></b>									
<b>Bruttowochenverdienste</b>									
männliche Arbeiter	1 001	1 022	-	1 027	-	-	-	...	-
darunter Facharbeiter	1 051	1 075	-	1 082	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter	721	734	-	735	-	-	-	...	-
darunter Hilfsarbeiter	688	698	-	700	-	-	-	...	-
<b>Bruttostundenverdienste</b>									
männliche Arbeiter	26,01	26,71	-	26,81	-	-	-	...	-
darunter Facharbeiter	27,45	28,27	-	28,39	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter	19,08	19,59	-	19,56	-	-	-	...	-
darunter Hilfsarbeiter	18,09	18,49	-	18,46	-	-	-	...	-
<b>bezahlte Wochenarbeitszeit</b>									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,3	38,1	-	38,3	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,8	37,4	-	37,6	-	-	-	...	-
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>									
<b>Produzierendes Gewerbe<sup>4</sup></b>									
<b>kaufmännische Angestellte</b>									
männlich	6 221	6 434	-	6 484	-	-	-	...	-
weiblich	4 322	4 495	-	4 524	-	-	-	...	-
<b>technische Angestellte</b>									
männlich	6 361	6 575	-	6 596	-	-	-	...	-
weiblich	4 358	4 520	-	4 545	-	-	-	...	-
<b>Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>									
<b>kaufmännische Angestellte</b>									
männlich	5 071	5 076	-	5 083	-	-	-	...	-
weiblich	3 681	3 689	-	3 691	-	-	-	...	-
<b>technische Angestellte</b>									
männlich	4 522	4 810	-	4 789	-	-	-	...	-
weiblich	3 523	3 354	-	3 326	-	-	-	...	-
<b>Produzierendes Gewerbe<sup>4</sup>, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen</b>									
<b>kaufmännische Angestellte</b>									
männlich	5 404	5 419	-	5 435	-	-	-	...	-
weiblich	3 855	3 870	-	3 878	-	-	-	...	-
<b>technische Angestellte</b>									
männlich	6 116	6 254	-	6 261	-	-	-	...	-
weiblich	4 236	4 413	-	4 440	-	-	-	...	-

<sup>1</sup> Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

<sup>2</sup> ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

<sup>3</sup> Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

<sup>4</sup> Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.08.1997			Bevölkerungsveränderung im August 1997			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1997 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>2</sup>	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat <sup>1</sup>						
		%							
FLENSBURG	86 024	- 0,0	- 0,7	+ 4	- 26	- 22	27	-	31
KIEL	241 515	- 0,2	- 1,2	- 20	- 529	- 549	106	1	137
LÜBECK	215 650	+ 0,1	- 0,2	- 54	+ 290	+ 236	100	1	127
NEUMÜNSTER	81 654	- 0,0	- 0,3	- 11	- 28	- 39	42	1	47
Dithmarschen	135 610	+ 0,0	+ 0,9	+ 29	+ 30	+ 59	49	-	65
Herzogtum Lauenburg	173 469	+ 0,1	+ 1,4	+ 27	+ 102	+ 129	67	1	93
Nordfriesland	162 107	+ 0,1	+ 0,9	+ 15	+ 224	+ 239	64	6	73
Ostholstein	199 195	+ 0,1	+ 0,5	- 25	+ 161	+ 136	65	3	75
Pinneberg	285 797	+ 0,0	+ 0,6	+ 23	+ 90	+ 113	114	2	143
Plön	129 114	+ 0,4	+ 2,3	- 17	+ 480	+ 463	37	-	48
Rendsburg-Eckernförde	262 736	+ 0,2	+ 1,2	+ 20	+ 430	+ 450	93	1	127
Schleswig-Flensburg	192 384	+ 0,1	+ 1,4	+ 5	+ 99	+ 104	49	-	71
Segeberg	241 461	+ 0,1	+ 1,2	+ 58	+ 271	+ 329	95	2	139
Steinburg	134 699	+ 0,1	+ 0,9	+ 14	+ 56	+ 70	37	-	40
Stormarn	212 701	+ 0,1	+ 0,9	+ 16	+ 274	+ 290	81	3	98
Schleswig-Holstein	2 754 116	+ 0,1	+ 0,7	+ 84	+ 1 924	+ 2 008	1 026	21	1 308

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>			Kraftfahrzeugbestand <sup>5</sup> am 01.07.1997		
	Betriebe am 30.11.1997	Beschäftigte am 30.11.1997	Umsatz <sup>4</sup> im Nov. 1997 Mill. DM	ins- gesamt	Pkw <sup>6</sup>	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner <sup>7</sup>
FLENSBURG	53	9 011	427	44 659	38 926	452
KIEL	112	15 687	491	121 903	106 082	439
LÜBECK	108	14 729	449	112 411	98 426	457
NEUMÜNSTER	66	6 845	150	46 897	40 482	496
Dithmarschen	58	6 540	406	89 226	71 426	527
Herzogtum Lauenburg	94	7 590	216	111 271	94 595	546
Nordfriesland	51	2 902	105	108 523	87 300	539
Ostholstein	77	5 290	151	124 981	105 127	528
Pinneberg	175	17 173	466	174 518	149 132	522
Plön	35	2 456	66	78 767	65 432	508
Rendsburg-Eckernförde	107	7 342	191	169 588	139 809	533
Schleswig-Flensburg	70	4 223	119	126 630	102 006	530
Segeberg	181	15 843	566	167 180	140 452	582
Steinburg	75	7 853	229	87 626	71 185	529
Stormarn	165	19 641	546	142 156	122 342	576
Schleswig-Holstein	1 427	143 131	4 578	1 706 336	1 432 722	520

<sup>1</sup> nach dem Gebietsstand vom 30.04.1997

<sup>2</sup> einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

<sup>3</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

<sup>4</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>5</sup> Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

<sup>6</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

<sup>7</sup> Bevölkerungsstand: Juli 1997

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11



# Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe <sup>2</sup>		
	Einwohner am 31.12.1996		Arbeitslose Ende November 1997			Kurzarbeiter Mitte November 1997	offene Stellen Ende November 1997	Be- schäftigte am 30.09.1997	Umsatz <sup>3</sup> im September 1997	
	1 000	Veränderung <sup>1</sup>	1 000	Veränderung <sup>1</sup>	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 374,5	+ 0,5	369,3	+ 2,8	8,4	16,2	44,1	1 217	34 162	37
Bayern	12 043,9	+ 0,4	414,2	+ 4,4	8,2	15,6	47,1	1 177	37 724	37
Berlin	3 458,8	- 0,4	269,9	+ 15,1	17,6	4,4	8,6	123	5 552	19
Brandenburg	2 554,4	+ 0,5	220,5	+ 19,8	19,0	6,7	6,8	92	2 364	13
Bremen	677,8	- 0,3	46,9	+ 3,6	16,8	1,8	2,5	67	2 837	47
Hamburg	1 708,0	+ 0,0	93,6	+ 10,4	13,2	1,9	5,5	106	10 577	15
Hessen	6 027,3	+ 0,3	256,6	+ 7,6	10,2	6,2	17,2	474	13 885	33
Mecklenburg-Vorpommern	1 817,2	- 0,3	174,4	+ 20,9	20,9	4,3	8,3	43	1 115	14
Niedersachsen	7 815,1	+ 0,4	403,6	+ 5,5	12,5	10,4	28,4	545	18 141	34
Nordrhein-Westfalen	17 947,7	+ 0,3	865,0	+ 2,7	11,9	25,9	62,9	1 523	47 860	31
Rheinland-Pfalz	4 000,6	+ 0,6	157,3	+ 2,2	9,9	4,9	17,0	309	9 515	41
Saarland	1 084,2	- 0,0	54,8	+ 2,3	13,2	1,7	4,6	105	2 810	39
Sachsen	4 545,7	- 0,5	381,6	+ 27,6	8,7	9,0	18,9	201	4 573	17
Sachsen-Anhalt	2 723,6	- 0,6	270,7	+ 19,8	21,7	6,7	13,1	103	2 506	12
Schleswig-Holstein	2 742,3	+ 0,6	127,4	+ 9,1	11,2	4,4	6,9	144	4 485	30
Thüringen	2 491,1	- 0,5	215,6	+ 19,0	18,9	5,2	11,6	109	2 537	20
Bundesrepublik Deutschland	82 012,2	+ 0,2	4 321,6	+ 9,6	12,5	125,3	303,6	6 340	200 644	32
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 583,4	+ 0,4	2 941,9	+ 4,1	10,7	91,4	241,1	5 771	186 958	33
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 428,7	- 0,3	1 379,8	+ 23,5	19,7	33,9	62,5	569	13 686	16

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr <sup>5</sup> im August 1997		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden <sup>6</sup> im September 1997				
	Beschäftigte am 31.07.1997	Baugewerblicher Umsatz <sup>3</sup> im Juli 1997		Zahl der genehmigten Wohnungen im Juli 1997	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM				Ver- änderung <sup>1</sup>	Anzahl	Ver- änderung <sup>1</sup>	Anzahl	je 100 Unfälle
			%		%						
Baden-Württemberg	119	2 002	- 12,7	5 860	1 104 098	3 877 431	- 2,7	3 676	+ 10,6	4 900	133
Bayern	193	3 297	- 8,8	8 139	1 992 768	8 323 854	+ 0,1	5 598	+ 11,4	7 709	138
Berlin	46	883	- 16,7	1 833	319 454	769 078	+ 17,6	1 755	+ 5,0	2 086	119
Brandenburg	64	985	- 14,4	2 715	255 103	806 236	+ 4,9	1 438	- 1,4	1 860	129
Bremen	7	159	- 3,7	127	49 273	92 594	- 0,2	298	- 8,6	361	121
Hamburg	17	398	- 9,7	559	225 702	413 063	+ 4,8	872	+ 3,6	1 124	129
Hessen	69	1 185	- 8,1	2 685	727 046	2 243 166	- 5,4	2 333	- 2,6	3 158	135
Mecklenburg-Vorpommern	44	603	- 21,5	1 209	461 398	2 124 814	+ 28,4	925	- 11,5	1 183	126
Niedersachsen	108	1 800	- 3,3	4 587	896 099	4 187 404	+ 0,2	3 518	- 7,7	4 640	132
Nordrhein-Westfalen	179	2 958	- 3,1	7 278	1 093 472	3 096 308	- 7,0	6 250	- 6,6	7 828	125
Rheinland-Pfalz	44	757	- 1,8	3 014	557 668	1 901 331	+ 6,5	1 518	- 4,9	2 003	132
Saarland	13	207	- 5,3	483	45 714	180 938	- 5,4	448	- 3,9	595	133
Sachsen	115	1 712	- 8,3	4 384	353 293	1 184 372	- 0,5	1 809	- 11,4	2 298	127
Sachsen-Anhalt	73	1 118	- 3,8	1 813	165 531	472 907	- 4,1	1 314	- 6,7	1 729	132
Schleswig-Holstein	39	629	- 5,2	1 926	553 729	3 684 146	+ 3,9	1 347	- 7,5	1 755	130
Thüringen	57	859	+ 0,4	965	217 485	743 076	+ 2,6	1 141	- 0,7	1 577	138
Bundesrepublik Deutschland	1 186	19 553	- 7,9	47 577	9 017 833	34 100 718	+ 1,3	35 072	+ 1,0	45 897	131
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	817	14 031	- 7,1	35 090	7 474 092	28 545 044	- 0,4	27 707	+ 2,7	36 340	131
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	369	5 522	- 9,9	12 487	1 543 741	5 555 674	+ 11,2	7 365	- 4,8	9 557	130

<sup>1</sup> gegenüber Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

<sup>3</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>4</sup> Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

<sup>6</sup> Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Druckort im  
Statistischen Landesamt  
Schleswig-Holstein

### **Erläuterungen**

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

### **Zeichenerklärung**

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- ( ) = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht